

SPD BERLIN

E N T W U R F

Wahlprogramm der SPD Berlin zur Abgeordnetenhauswahl 2026

Beschlossen im Landesvorstand am 16. Februar 2026



spd.berlin

Inhaltsverzeichnis

Anpacken, damit alle profitieren.....	1
Investitionen in eine funktionierende Stadt	1
Gute Arbeit und Fach- und Arbeitskräftesicherung	2
Industrie- und Innovationsstandort Berlin	5
Wirtschaftsförderung vor Ort.....	7
Internationalisierung.....	9
Zuhause sein - heute und morgen	12
Mehr Wohnungen für Berlin	12
Regulierungen von Wohnraum und Mietverträgen.....	15
Unser Berlin wird sauber, grün und lebenswert	17
Sichere Mobilität für alle Berliner*innen	19
Sicherheit für ein gutes Leben.....	23
Unsere wehrhafte Demokratie schützen	23
Schutz und Sicherheit für Stadt und Menschen.....	24
Moderne und leistungsstarke Justiz.....	26
Gute Gesundheitsversorgung für alle	27
Aufsteigen mit gleichen Chancen	30
Frühkindliche Bildung, Kinder und Jugend, Familie	30
Schule, berufliche Bildung, lebenslanges Lernen.....	32
Hochschule, Wissenschaft, Forschung	36
Zusammenhalten - ganz Berlin eine Familie.....	39
Zusammenleben, Familie und Gleichstellung	39
Soziales Berlin.....	42
Zusammenhalt in der Einwanderungsmetropole.....	43
Kulturmétropole Berlin	45
Zuhause in der Sportmetropole	47
Verantwortung, die uns alle trägt	50
Verantwortung durch Klimaschutz und Energiewende	50
Eine starke Verwaltung – bürgernah, sozial und demokratisch.....	52
Verantwortungsvolle Haushaltspolitik	54

1 Anpacken, damit alle profitieren

2 Berlin ist Wirtschaftskraft. Sie steht hier auf vielen Beinen: die Branchenvielfalt macht
3 unsere große Stärke aus. Wer in Berlin arbeitet, soll davon spürbar profitieren – mit guten
4 Löhnen und verlässlichen Perspektiven für einen bezahlbaren Alltag. Wir fördern Wachstum
5 zum Wohl aller und legen das Fundament für ein Leben, das sich die Menschen leisten
6 können. Wir investieren in Wirtschaftsförderung und Infrastruktur und wollen attraktive
7 Arbeitsbedingungen mit Tarifbindungen statt Lohndumping. Wir stärken unseren regional
8 fest verankerten Klein- und Mittelstand, erhöhen die industrielle Skalierung der
9 Hauptstadtregion und machen Berlin zum Innovationsstandort Nr. 1 in Europa. Dafür setzen
10 wir sowohl auf vorhandene Stärken als auch auf das große Potential von
11 Zukunftstechnologien - Gemeinsam packen wir es an für ein erfolgreiches und bezahlbares
12 Berlin!

13 Investitionen in eine funktionierende Stadt

14 Ein Jahrzehnt der Investitionen

15 Unsere Stadt hat einen massiven Investitionsbedarf. Einerseits müssen wir die bestehende
16 Infrastruktur modernisieren – ob Brücken und Straßen, Krankenhäuser, Feuerwehr- und
17 Polizeiwachen oder Schulen. Vieles ist in die Jahre gekommen und braucht dringend Sanierung.

18 Andererseits erzwingen die Veränderungen in unserer Zeit neue, große Investitionen. Der Zuzug
19 hunderttausender Menschen macht einen historischen Wohnungsneubau notwendig. Der
20 Klimawandel verlangt entschlossene Investitionen in die Energie- und Wärmewende sowie in die
21 Klimaanpassung. Und der technologische Wandel erfordert Investitionen in die Digitalisierung.

22 Schon seit Jahren sorgt die SPD Berlin dafür, dass das Land die Investitionen aus dem Haushalt und
23 aus dem zusätzlich eingerichteten Sondervermögen Infrastruktur und Wachsende Stadt (SIWA)
24 deutlich erhöht. Das von der SPD auf Bundesebene im Jahr 2025 durchgesetzte Sondervermögen
25 Infrastruktur ermöglicht nun eine weitere Steigerung, damit wir den investiven Herausforderungen
26 gerecht werden.

27 In der nächsten Wahlperiode muss deshalb die Umsetzung im Mittelpunkt stehen: die Investitionen
28 müssen auf die Straße kommen. Dafür brauchen wir effektives Verwaltungshandeln – und vor allem
29 politische Konstanz. Denn dauernde Ziel- und Planänderungen sind Gift für den Investitionserfolg.
30 Dabei werden alle Investitionen konsequent gleichstellungspolitisch ausgerichtet. Denn: Mit guter
31 Infrastruktur stärken wir Geschlechtergerechtigkeit und entlasten insbesondere Menschen mit
32 hohem Sorgearbeitsanteil – häufig Frauen. Mit Gender Mainstreaming fördern wir Teilhabe, bauen
33 Ungleichheiten ab und stärken die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen.

34 Unser Ziel ist klar: In der nächsten Regierung werden wir ein Jahrzehnt der Investitionen gestalten.
35 Wenn die Investitionen sichtbar und fertig werden, stärken wir das Vertrauen der Berliner*innen in
36 einen handlungsfähigen Staat und damit letztlich in die Demokratie.

37 Unsere Investitionsschwerpunkte

38 Wir halten Investitionen vor allem in sieben Schwerpunkten für notwendig. Das spiegelt sich auch in
39 der Belegung des Sondervermögens des Bundes wider:

40 Erstens der Wohnungsneubau (→ siehe Kapitel [Mehr Wohnungen für Berlin](#)).

41 Zweitens die Sanierung unserer Straßen und Brücken sowie der Umbau zu nachhaltigem Verkehr mit
42 Schwerpunkt ÖPNV (→ siehe Kapitel [Sichere Mobilität für alle Berliner*innen](#)).

43 Drittens die Investitionen in die Energie- und Wärmewende, Klimaschutz und Klimaanpassung (→
44 siehe Kapitel [Klimaschutz](#)).

45 Viertens Sanierung und Neubau von Schulen, Kitas und sozialer Infrastruktur in den Kiezen (→ siehe
46 Kapitel [Die Schulbauoffensive fortsetzen](#)).

47 Fünftens die Sanierung unserer Krankenhäuser (→ siehe Kapitel [Die Krankenhausversorgung sichern](#)),
48 Hochschulen und Forschungsinfrastruktur (→ siehe Kapitel [Sicherung der Hochschul- und](#)
49 [Wissenschaftsfinanzierung](#)).

50 Sechstens die Sanierung unserer Verwaltungsgebäude, Feuerwehr- und Polizeiwachen (→ siehe
51 Kapitel [Bürgernahe Polizei und Feuerwehr](#)).

52 Und siebentens Investitionen in die Digitalisierung:

53 Transformation in die Digitalgesellschaft

54 Beim Ausbau digitaler Infrastruktur, insbesondere der Netze, liegt die Zuständigkeit weitgehend beim
55 Bund. Berlin trägt jedoch auch Verantwortung: Wir koordinieren die vielen Baustellen und
56 entwickeln Anwendungen, die Verwaltung erreichbarer, schneller, produktiver und ansprechbarer
57 machen sollen (→ siehe Kapitel [Eine starke Verwaltung](#)).

58 Bis zum Ende der kommenden Wahlperiode soll Berlin über eine leistungsfähige Infrastruktur
59 verfügen, in der Start-Ups, technologiebasierte Unternehmen, Künstliche Intelligenz und Open Data
60 ein ebenso bedeutendes Cluster bilden wie Gesundheit.

61 Als Land beschleunigen wir den flächendeckenden Glasfaser-Ausbau. Deshalb verstärken wir
62 Förderanreize dort, wo Telekommunikationsunternehmen derzeit nicht eigenwirtschaftlich
63 ausbauen.

64 Gute Arbeit und Fach- und Arbeitskräftesicherung

65 Gute Arbeit, das bedeutet: in Würde selbstbestimmt leben können und teilhaben am
66 gesellschaftlichen Miteinander. Sicher, gesund und diskriminierungsfrei. Nur wo das funktioniert,
67 funktioniert auch die Demokratie. Nur so entsteht Zusammenhalt, auch über Unterschiede hinweg.
68 Deshalb entwickeln wir Berlin zu einem fairen, vielfältigen und zukunftsfähigen Wirtschaftsstandort,
69 an dem soziale Gerechtigkeit und ökonomischer Fortschritt Hand in Hand gehen.

70 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

71 Dazu gehört, dass Männer und Frauen in unserer Stadt endlich gleich bezahlt werden. Wir schließen
72 den Gender Pay Gap. Europäisches Recht schafft dafür bereits heute die Grundlage. Wir setzen uns
73 dafür ein, dass die EU-Entgelttransparenzrichtlinie auch in Deutschland Gesetz wird.

74 Durch Qualifizierung Potentiale aktivieren

75 Die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist angespannt - viele Unternehmen bauen Stellen ab und
76 auch in Berlin ist die Arbeitslosigkeit gestiegen. Deshalb brauchen wir eine Offensive bei der
77 Qualifizierung. Denn Digitalisierung, demografischer Wandel und klimagerechte Transformation
78 verändern die Arbeitswelt.

79 Mit der Fachkräftestrategie unterstützt das Land Unternehmen dabei, ungenutzte Potenziale zu
80 aktivieren – etwa bei Frauen, Menschen mit Migrationsgeschichte und älteren Beschäftigten.

81 Wir wollen die Erwachsenenbildung stärken (→ siehe Kapitel [Erwachsenenbildung](#)) und machen
82 akademische Weiterbildung zur hoheitlichen Aufgabe der Hochschulen (→ siehe Kapitel [Moderne
83 Studienbedingungen schaffen](#)).

84 Außerdem bauen wir Weiterbildungs- und Ausbildungsverbünde aus und fördern
85 sozialpartnerschaftliche Projekte. Mit dem Sozialpartnerdialog Berlin entsteht ein dauerhaftes
86 Forum, in dem Gewerkschaften, Arbeitgeber und Politik gemeinsam die Zukunft der Arbeit gestalten.

87 Gleichzeitig fördern wir branchen- und berufsübergreifend die KI-Kompetenzen von Beschäftigten
88 und stärken ihre Rechte bei der Anwendung von KI in Unternehmen.

89 Aktive Arbeitsmarktpolitik und Teilhabe

90 Über 200.000 Menschen sind in Berlin arbeitslos gemeldet. Das ist für uns kein Zustand, sondern eine
91 Aufgabe. Langzeitarbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen wir durch aktive
92 Arbeitsmarktpolitik und fördern dabei zugleich soziale Inklusion. Bewährte Programme wie JOB
93 POINTs, Bildungsberatung Berlin, JobCoaching Berlin und das Berliner Arbeitslosenzentrum (BALZ)
94 werden fortgeführt. Dabei nehmen wir geschlechtsspezifische Hürden beim Zugang zum
95 Arbeitsmarkt gezielt in den Blick. Wir stärken den beruflichen Wiedereinstieg nach Familien- oder
96 Pflegezeiten, bauen Beratungs- und Qualifizierungsangebote insbesondere für Frauen aus und
97 fördern den Übergang in existenzsichernde Beschäftigung.

98 Um die öffentlich geförderte Beschäftigung zu stärken, wollen wir jährlich 500 neue Arbeitsplätze im
99 Förderprogramm "Soziale Betriebe" schaffen: Diese Betriebe beschäftigen langzeitarbeitslose
100 Menschen sozialversicherungspflichtig in marktnahen Tätigkeitsfeldern. Das neue Projekt „Familien
101 in Arbeit“ schafft neue Perspektiven, insbesondere für Alleinerziehende.

102 Tariflöhne statt Lohndumping

103 Wir fördern Tarifbindung und Mitbestimmung. Sie sind der Garant für gute Arbeitsbedingungen. 80%
104 der Berliner Arbeitnehmer*innen sollen tarifgebunden arbeiten. Dazu bauen wir das Tarifregister aus
105 und digitalisieren es.

106 Berlin setzt mit dem Vergabe- und Landesmindestlohn schon jetzt Maßstäbe für faire Bezahlung im
107 öffentlichen Auftragswesen. Wir verschärfen die Durchsetzung von Tariftreue und
108 Vergabemindestlohn, um Lohndumping zu verhindern und öffentliche Gelder konsequent an soziale
109 Standards zu binden.

110 Auch Förderungen des Landes Berlin werden wir an Tarifbindung und Mitbestimmung koppeln.
111 Zusätzlich wollen wir unsere Industrie stärken, indem wir regionale Wertschöpfung mit Local
112 Content-Regeln in Vergaben und bei Förderungen bevorzugen.

113 Entschlossen gegen die Behinderung von Betriebsräten vorgehen

114 Wir schaffen eine Landesbetriebsrätekonzferenz für den direkten Dialog zwischen Politik,
115 Gewerkschaften und Betrieben. Wir stärken die Schwerpunktabteilung in der Staatsanwaltschaft, die
116 Angriffe auf Mitbestimmung (Union Busting) konsequent verfolgt. Die Behinderung von
117 Betriebsratsarbeit soll durch Bundesgesetz ein Officialdelikt werden.

118 Darüber hinaus stärken wir die Netzwerkstelle Gute Arbeit (Joboption Berlin), um eine unabhängige
119 Arbeitnehmervertretung zu fördern. Mit einer Machbarkeitsstudie wollen wir zusammen mit den
120 Gewerkschaften die Einrichtung einer Arbeitskammer Berlin prüfen.

121 Berlin und Brandenburg: Eine starke Hauptstadtregion schaffen

122 Zusammen mit Brandenburg schaffen wir eine gemeinsame Wirtschafts- und Arbeitsmarktregion, die
123 von fairen Löhnen, Tarifbindung und guten Arbeits- und Ausbildungsbedingungen getragen wird.
124 Dazu initiieren wir einen verbindlichen Steuer- und Standortdialog mit Brandenburg für faire
125 Standortbedingungen in der Metropolregion und eine Industrieentwicklung in der Hauptstadtregion
126 insgesamt. Wir wollen ein gemeinsames Vorgehen beim Gewerbesteuerhebesatz, einheitliche
127 Tariftreueeregeln und Local-Content-Regeln und eine gemeinsame Standortpolitik mit
128 Brandenburg. Und wir verbessern die Anbindung Berlins an Brandenburg (→ siehe Kapitel
129 [Bezahlbarer und sicherer ÖPNV](#)).

130 Duale Ausbildung stärken und Azubi-Wohnraum schaffen

131 Wir fördern die duale Ausbildung. Denn gute Arbeit beginnt mit einer guten Ausbildung. Deshalb
132 schaffen wir ein Azubi-Werk nach dem Vorbild anderer großer Städte. Es soll die Auszubildenden in
133 Berlin beraten, vernetzen und unterstützen und vor allem bezahlbaren Wohnraum für sie schaffen.
134 Denn kaum ein Azubi kann sich in Berlin aus eigener Kraft Wohnraum leisten. In das Azubi-Werk
135 beziehen wir die Sozialpartner ein, damit sich die Arbeitgeber beteiligen.

136 Außerdem finanzieren wir das Azubi-Ticket weiter und setzen die Ausbildungsplatzumlage um. Damit
137 fördern wir die Solidarität der Betriebe untereinander: Wer nicht ausbildet, finanziert die
138 Ausbildungskosten in den Betrieben, die sich engagieren.

139 Wir verbessern die Berufsorientierung, die Ausbildungsberatung und den Übergang von Schule zu
140 Beruf.

141 Das Beratungszentrum für Gute Arbeit und Ausbildung (BEMA) wird ausgebaut und vernetzt. Um die
142 Ausbeutung von Auszubildenden aus Drittstaaten zu stoppen, schaffen wir eine neue Anlaufstelle,
143 die Beratung, Kontrolle und Strafverfolgung bündelt.

144 Landesunternehmen gehen mit gutem Vorbild voran

145 Gute Arbeit braucht gute Vorbilder. Das Land Berlin geht deshalb als Arbeitgeber voran. Alle
146 Landesunternehmen sind tarifgebunden und es wird keine Ausgründungen aus öffentlichen
147 Unternehmen zum Zweck der Tariffucht geben. Bereits erfolgte Ausgründungen, um Personalkosten
148 zu senken oder die Mitbestimmung einzuschränken, machen wir, wo möglich, rückgängig.

149 Zudem wollen wir die Berliner Verwaltung dabei unterstützen, Arbeitszeiten im Sinne der
150 Beschäftigten flexibler zu machen, indem wir diese Themen mit unseren Partner*innen in der
151 Mitbestimmung sowie den Gewerkschaften diskutieren und sie in Modellprojekten weiterentwickeln
152 (→ siehe Kapitel [Attraktive Arbeit im öffentlichen Dienst](#)).

153 Berlin als europäische Hauptstadt der Guten Arbeit

154 Nicht zuletzt soll Berlin als europäische Metropole und Vorbild für Gute Arbeit in Europa
155 europapolitische Initiativen begleiten, etwa den EU-Fahrplan für Gute Arbeit, Regelungen zur
156 Beschäftigung von Drittstaatenangehörigen und zur Plattformarbeit.

157 Industrie- und Innovationsstandort Berlin

158 Innovationsstandort Nr. 1 in Europa

159 Innovationen sind der Schlüssel für zukünftiges Wachstum sowie für gute und sichere Arbeitsplätze
160 in unserer Region. Berlin hat schon heute ein einzigartiges Ökosystem aus Wissenschaft, Forschung,
161 Technologieunternehmen, Startups, Handwerk und produzierendem Gewerbe. In vielen Branchen
162 sticht die Stadt mit neuen, weltweit beachteten Innovationen und Kreativität hervor. Diesen Weg
163 setzen wir fort – und machen Berlin zum Innovationsstandort Nummer 1 in Europa.

164 Zukunftsbranchen in Berlin

165 Die Zukunft Berlins entsteht dort, wo Innovation auf Gemeinsinn trifft. Deshalb stärken wir
166 besonders die Zukunftsbranchen und Spitzentechnologien in den Bereichen Lebenswissenschaften
167 und Gesundheit, Künstliche Intelligenz und DeepTech, Umwelt- und Klimaschutz, Games,
168 Finanzdienstleistungen, Verteidigung und Resilienz, Luft- und Raumfahrt, sowie den Bereich
169 Governance Technology zur Digitalisierung von Dienstleistungen und Prozessen im öffentlichen
170 Sektor. Die erfolgreiche gemeinsame Innovationsstrategie mit Brandenburg entwickeln wir weiter.

171 Unser Grundsatz bleibt: Neue Technologien sollen nicht nur neue Werte schaffen, sondern auch
172 bestehende Potenziale entfalten. Deshalb schreiben wir die Erfolgsgeschichte der Berliner
173 Zukunftsorte fort und entwickeln neue Hubs für Innovation und Zusammenarbeit.

174 Wir bauen die Urban Tech Republic in Tegel aus, machen den ehemaligen Flughafen Tempelhof (→
175 siehe Kapitel [Eine Perspektive für Tegel und Tempelhof](#)) nutzbar, realisieren Siemensstadt Square in
176 Spandau und CleanTech Marzahn und revitalisieren das Internationale Congress Centrum - ICC (→
177 siehe Kapitel [Das ICC wieder zum Leben erwecken](#)). So etablieren wir diese Orte als Motoren für
178 neue Wirtschaftskraft, Innovationen und Teilhabe.

179 Wissenschaft trifft Wirtschaft

180 Nach der erfolgreichen Errichtung neuer Hubs – etwa House of Finance and Tech, House of Games
181 und AI Berlin Hub – setzen wir noch stärker auf vernetzte Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft
182 und Wirtschaft. Wir richten den Fokus deutlich stärker auf Ausgründungen aus den Berliner
183 Hochschulen (→ siehe Kapitel [Forschungs- und Wissenstransfer verbessern](#)). Um die Wirtschaft
184 besser in den Technologietransfer einzubinden, schreiben wir die Berliner Reallaborstrategie fort,
185 unterfüttern sie finanziell und setzen einen klaren Schwerpunkt auf Produkte „Made in Berlin“.

186 Innovation durch Vielfalt

187 Die Berliner Wirtschaft wächst seit Jahren stärker als der Bundesdurchschnitt. Dieses Wachstum
188 wollen wir weiter befördern und Berlin im Ländervergleich weiter nach vorne bringen. Wir machen
189 migrantisches Unternehmertum sichtbarer und unterstützen es. Gründungsberatungen bauen wir in
190 ihrer Mehrsprachigkeit und mit digitalen Tools aus.

191 Für uns gehören eine starke Wirtschaft und gute, mitbestimmte Arbeit untrennbar zusammen.
192 Außerdem nehmen wir die Situation der Soloselbstständigen stärker in den Blick und verbessern die
193 Rahmenbedingungen.

194 Berlin – Gründungsmetropole Nummer 1

195 Berlin ist schon heute Gründungsmetropole Nummer 1 in Deutschland und in Europa auf vorderen
196 Plätzen. Für uns ist Gründen auch eine Form des Aufstiegs – durch Start-Ups. Durch diese
197 Gründungen sollen tarifgebundene Jobs mit guten Arbeitsbedingungen entstehen. Wir richten
198 Förder- und Unterstützungsstrukturen noch stärker auf Gründungen durch Frauen und in
199 Zukunftsbranchen aus. Den Zugang zu Fördermitteln und Risikokapital für Frauen erleichtern wir,
200 damit der Anteil weiblicher Gründungen weiter steigt: Wir fördern Frauen in Führungspositionen.

201 Die Berliner Startup Agenda schreiben wir fort. Dabei setzen wir einen stärkeren Fokus auf die
202 Vorgründungsphase, die Wachstumsphase und Kooperationen mit Unternehmen, Hochschulen sowie
203 Forschungs- und Wissenschaftseinrichtungen (→ siehe Kapitel [Spitzenleistungen durch mehr](#)
204 [Kooperation](#)) in der Metropolregion.

205 Berlins Kreativwirtschaft – Motor und Markenzeichen der Hauptstadt

206 Berlin ist Deutschlands Hotspot der kreativen Industrie – vom Verlagswesen über Musik und Games
207 bis zu Mode und Design. Die Berliner Fashion Week stärken wir als internationalen Leuchtturm, der
208 sich an Nachhaltigkeit orientiert. Zudem unterstützen wir ein House of Fashion als neuen Ankerpunkt
209 der Branche. Berlin ist weltweit als UNESCO City of Design anerkannt. Für mehr Sichtbarkeit der
210 Berliner Designwirtschaft etablieren wir eine jährliche Design-Konferenz.

211 Berlins Clubs sind ein einmaliger Anziehungspunkt für Talente aus aller Welt. Für die Clubwirtschaft
212 initiieren wir erstmals eine Spielstättenförderung und setzen Empfehlungen aus der Berliner
213 Strategie zur Berliner Nachtökonomie um. So sichern wir Clubs langfristig.

214 Die Berliner Gamesförderung führen wir fort und ergänzen sie um eine neue E-Sports-Förderung. Das
215 E-Sports-Team Berlin unterstützen wir langfristig. Dabei öffnen wir auch städtische Räume für
216 Gaming-Veranstaltungen.

217 Digitalisierung in und für Berliner Unternehmen

218 Mit der neu ausgerichteten Digitalagentur Berlin bauen wir kostenlose Beratungsangebote aus –
219 besonders zu Cybersicherheit und Resilienz. Zusätzlich etablieren wir dauerhaft
220 Digitalisierungslots*innen in den bezirklichen Wirtschaftsförderungen. So wird Erstberatung vor Ort
221 leichter und Digitalisierungsprojekte kommen schneller in die Umsetzung.

222 Wir setzen den DIWI – den digitalen Wirtschaftsservice der Berliner Verwaltung – um und bieten
223 noch mehr Leistungen digital an. Außerdem setzen wir mit digitalen Tools ein modernes
224 Vergaberecht um.

225 Wir stehen zur Industriestadt Berlin

226 Wir bekennen uns zur Industriestadt Berlin und den über 100.000 Beschäftigten, die damit
227 verbunden sind. Wir gestalten die Transformation der Berliner Industrie in einem sich wandelnden
228 Umfeld aktiv. Steigende Energiepreise und globale Krisen erhöhen den Druck, schneller zu einer
229 verlässlichen, bezahlbaren und CO₂-neutralen Produktion zu kommen. Berlin bringt dafür beste
230 Voraussetzungen mit: eine starke Forschungslandschaft und enge Kooperation mit Brandenburg.

231 Diese Potenziale nutzen wir gezielt – für starke industrielle Entwicklung und gute Arbeit. Die Berliner
232 Sozialdemokratie bleibt auch industriepolitisch eine fortschrittliche Kraft und stärkt Tarifbindung und
233 Mitbestimmung (→ siehe Kapitel [Tariflöhne statt Lohndumping](#)).

234 Industrielle Skalierung erhöhen

235 Grundlage der Berliner Industriepolitik sind drei Industriebereiche: Mobilität, Energietechnik sowie
236 Pharma/Medizintechnik. Hinzu kommen Zukunftsindustrien wie Luft- und Raumfahrt, Halbleiter und
237 Künstliche Intelligenz und Robotik. Hier schaffen wir deutlich mehr Vernetzung zwischen Innovations-
238 und Digitalwirtschaft, Handwerk, Industrie und Forschung entlang von Wertschöpfungsketten. So
239 ermöglichen wir die industrielle Skalierung in der Hauptstadtregion.

240 Für diese Vernetzung nutzen wir den Steuerungskreis Transformation der Berliner Industrie (SKIP)
241 stärker. Wir setzen auf gleichberechtigte Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und
242 Gewerkschaften. Ein regelmäßiger Austausch mit großen Industrieunternehmen und Sozialpartnern
243 soll schnelle, direkte Entscheidungen ermöglichen.

244 Industriegebiete sichern und soziale Infrastruktur ermöglichen

245 Die Sicherung und Entwicklung von Gewerbeflächen richtet sich nach dem Stadtentwicklungsplan
246 Wirtschaft 2040. Gleichzeitig erschwert die Wohnraumkrise die Gewinnung von Fachkräften. Deshalb
247 sollen auf ausgewählten Gewerbeflächen – unter Beteiligung der Sozialpartner – auch spezifisch
248 ausgewiesener Wohnraum und soziale Infrastruktur für Fachkräfte und Auszubildende entstehen
249 können.

250 Wirtschaftsförderung vor Ort

251 Eine gute und nachhaltige Wirtschaftspolitik braucht lokale Verankerung. Sie soll zum Mitmachen
252 anregen und in den Bezirken mitgestaltet werden.

253 Regionale Wirtschaftsförderung und Mittelstand

254 Beim Bund setzen wir uns weiter für eine Ausweitung der GRW-Förderung zur Stärkung der
255 regionalen Wirtschaftsstruktur ein. Zugleich brauchen wir eine verlässliche Zusage zur Kontinuität in
256 den kommenden Jahren. Unser Ziel ist, Investitionen in die Infrastruktur der Metropolregion zu
257 forcieren.

258 Unser besonderes Augenmerk gilt dem Berliner Mittelstand, der fest in unserer Stadt verwurzelt ist.
259 Mittelstandsunternehmen brauchen Planungssicherheit, klare rechtliche Rahmenbedingungen,
260 Zugang zu Fachkräften und Finanzierung, ein faires Wettbewerbsumfeld und eine verlässliche
261 Infrastruktur. Dafür stärken wir Netze und setzen uns für wettbewerbsfähige Energiepreise ein.

262 Wirtschaftsförderung auf allen Ebenen

263 Die bezirklichen Wirtschaftsförderungen sind oft die erste Anlaufstation für Berliner Unternehmen.
264 Deshalb stellen wir sie in allen Bezirken personell und finanziell besser auf und stärken sie gezielt.

265 Das Engagement vieler Unternehmer*innen in bezirklichen Netzwerken prägt den
266 Wirtschaftsstandort Berlin in herausragender Weise. Händler*innengemeinschaften ermöglichen
267 Austausch und Kooperationen – und sie sind ein Garant für nachhaltiges Wachstum. Wir stabilisieren
268 bestehende Netzwerke dauerhaft und erleichtern neue Gründungen und neue
269 Händler*innengemeinschaften durch einfachere Netzwerkförderung.

270 Berlin Partner für Wirtschafts- und Technologieförderung

271 Berlin ist für viele internationale Unternehmen die Plattform, um europäische und internationale
272 Märkte zu erschließen. Unsere Wirtschaftsfördergesellschaft Berlin Partner erfüllt bei Ansiedlungen
273 eine Schlüsselfunktion und repräsentiert den Standort weltweit. Wir stärken Berlin Partner als
274 zentrale Ansprechstelle für Bestandsunternehmen, als Begleiterin für europäische und internationale
275 Neuansiedlungen und als Unterstützerin der Bezirke. Dabei bauen wir besonders den Business
276 Immigration Service aus, um internationale Fach- und Arbeitskräfte leichter anzuwerben. Wir
277 entwickeln gezielt Programme für Frauen in Wirtschaft und Unternehmertum, um ihre Chancen und
278 Sichtbarkeit zu erhöhen.

279 Berliner Einzelhandel – eine Berliner Besonderheit

280 Wir erhalten und stärken die ökonomische Vielfalt in allen Berliner Stadtteilen. Stationärer
281 Einzelhandel, vielfältige Gastronomie- und Kulturangebote beleben Kieze und schaffen Begegnung –
282 zwischen Berliner*innen und Gästen aus aller Welt. Um Einkaufsstraßen attraktiver zu machen,
283 setzen wir die Empfehlungen des Berliner Zentren Gipfels konsequent um und stärken lokale
284 Selbstorganisation.

285 In allen 12 Bezirken ermöglichen wir die Gründung von Standortgemeinschaften (BIDs) und
286 lebendigen Bündnissen aus Gastronomie, Gewerbe, Kultur, Anwohner*innen und Eigentümer*innen.
287 Das neue Berliner Landesgaststättengesetz setzen wir um, damit Unternehmen und Verwaltung
288 entlastet werden.

289 Das Berliner Ladenöffnungsgesetz ermöglicht derzeit bis zu acht verkaufsoffene Sonntage im Jahr.
290 Wir wollen die Ausschöpfung im Einvernehmen mit den Gewerkschaften regeln. Die betreffenden
291 Sonntage wollen wir früher bekannt geben, sodass Händler*innen, ihre Beschäftigten und Familien
292 langfristig und sicher planen können.

293 Lebendige Kieze mit bezahlbaren Gewerbeflächen

294 Um Bezirke und Verwaltungen eng zu begleiten, etablieren wir den Zentren Gipfel dauerhaft als
295 Austauschplattform zwischen lokalen Akteur*innen, Bezirken und Landespolitik. Wir erhalten den
296 Mix aus Gewerbe, Dienstleistungen und Kultur in unseren Kiezen und schützen Unternehmen vor
297 Verdrängung. Dafür setzen wir uns auf Bundesebene für gesetzliche Regelungen ein, mit denen wir
298 bezahlbare Gewerbemieten durchsetzen können.

299 Zugleich gehen wir den Weg weiter, mit städtisch kontrollierten Flächen bezahlbare Angebote zu
300 schaffen. Mit aktiver Flächenpolitik treiben wir städtische Gewerbehöfe voran – mit klarer
301 Zeitplanung und auskömmlicher Finanzierung. Bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode bauen
302 wir drei weitere kommunale Gewerbehöfe und leisten so einen spürbaren Beitrag zur Entlastung der
303 Berliner Unternehmen.

304 Eine Weltmetropole braucht Handwerk in der Stadt. Handwerk, urbane Produktion und junge
305 Unternehmen können sich gegenseitig beflügeln. So halten wir Gewerbe in der Stadt und siedeln
306 Neues an. Auch die Dienstleistungsbranchen, die in den letzten Jahren maßgeblich zum
307 überdurchschnittlichen Wachstum Berlins beigetragen haben, stärken wir gezielt mit zusätzlichen
308 Investitionen.

309 Fairer Handel und Einzelhandel

310 Mit dem Aktionsplan Fairer Handel stärken wir Berlin als Fairtrade-Hauptstadt. Wir bauen Strukturen
311 für faire öffentliche Beschaffung aus, fördern solidarische und gemeinwohlorientierte
312 Wirtschaftsmodelle und stärken nachhaltige Kreislaufwirtschaft. Unsere Wirtschaftsförderung
313 richten wir an den Rahmenbedingungen der Berliner entwicklungspolitischen Leitlinien aus.

314 Berlin lebt von Kunst, Handwerk und Gastfreundschaft

315 Berlin ist Europas größter Kunstproduktionsstandort. Deshalb ermöglichen wir stärkere Kooperation
316 zwischen Produktion und Präsentation von Kunst und Handwerk. Dafür braucht es neue
317 Förderansätze und gemeinschaftlich nutzbare Infrastrukturen.

318 Gastronomie, Hotellerie und touristische Attraktionen sind mehr als ein Wirtschaftsfaktor: Sie sind
319 Wohnzimmer der Berliner*innen und Gastgeber*innen für die Welt (→ siehe Kapitel [Tourismus](#)
320 [fördern](#)). Wir unterstützen den DEHOGA dabei, mit dem HOGA-Campus einen modernen
321 Bildungsstandort für das Hotel- und Gaststättengewerbe zu schaffen.

322 Familienunternehmen – das Rückgrat der Berliner Wirtschaft

323 Familienunternehmen gestalten sozialen und ökologischen Fortschritt mit. Wir sichern die Berliner
324 Nachfolgezentrale und stärken so die Unterstützung bei Unternehmensnachfolge. Dabei schlagen wir
325 eine Brücke zu Berliner Gründungswilligen und vereinfachen den Zugang zu Innovations- und
326 Investitionsförderung.

327 Internationalisierung

328 Berlin ist Deutschlands größtes internationales Wirtschaftszentrum

329 Ein Viertel der Berliner*innen hat eine ausländische Staatsangehörigkeit, Fachkräfte kommen aus
330 über 170 Nationen. Internationale Kultur- und Kreativwirtschaft, Start-Ups sowie Tech-, Gesundheits-
331 und Life-Science Branchen prägen Berlins globale Stärke.

332 Unsere Außenwirtschaftspolitik setzt auf fairen, nachhaltigen Handel. Sie vertieft Beziehungen zu
333 Partnern weltweit – darunter USA, China, Indien, Mexiko, Brasilien, den Ländern Nordafrikas und
334 Sub-Sahara-Afrikas sowie EU, besonders Polen und Ukraine – und fördert Kooperationen mit
335 zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Globalen Süden. Zugleich stärkt sie Berlins Attraktivität für
336 Investor*innen, Fachkräfte und neue Unternehmen mit guten Arbeitsplätzen.

337 Mit gezielten Maßnahmen zeigen wir: Berlin ist Hauptstadt internationaler Innovationen.
338 Weltoffenheit, Kreativität und Mut machen die Stadt stark. Internationalität bleibt Kern
339 sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik – für mehr Wachstum, gute Arbeit und ein modernes Berlin.

340 Berlins Internationalisierungskonzept zur Strategie ausbauen

341 Wir entwickeln eine umfassende Strategie zur wirtschaftlichen Internationalisierung aufbauend auf
342 unserem Internationalisierungskonzept für die Berliner Wirtschaft. Sie soll globale Marktpotenziale
343 nutzen und zugleich Berliner Unternehmen stärken. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen
344 unterstützen wir beim Ausbau internationaler Aktivitäten. Das erreichen wir mit mehr
345 Auslandsrepräsentanzen, dem Ausbau bestehender Auslandsbüros und der Erweiterung des
346 Programms für internationale Wirtschaftskooperationen.

347 Unsere Außenwirtschaft mit aufstrebenden Märkten intensivieren

348 Unsere Außenwirtschaftspolitik setzt auf aktiven, gerechten und zukunftsorientierten Handel. Wir
349 bauen Wirtschaftsbeziehungen zu unseren wichtigen Partnern aus und intensivieren die
350 Wirtschaftsbeziehungen mit aufstrebenden Märkten in Indien, Mexiko, Brasilien und den Ländern
351 Nordafrikas und Sub-Sahara-Afrikas. Die Verbindungen zur Ukraine und innerhalb der EU, besonders
352 zu Polen, vertiefen wir. Wir machen Berlin für internationale Ansiedlungen und Fachkräfte
353 attraktiver. Dafür schaffen wir Rahmenbedingungen, die Unternehmen mit guten Arbeitsplätzen
354 ermöglichen und Wissensaustausch fördern.

355 Berlin als führenden Messe- und Kongressstandort voranbringen

356 Wir holen mehr Großveranstaltungen in die Hauptstadt. Sie bringen Einnahmen für die Stadt und
357 schaffen Arbeitsplätze. Dafür modernisieren wir das Messegelände und passen es an die Bedürfnisse
358 internationaler Formate an. Zudem fördern wir das Kongressgeschäft stärker – durch strategische
359 Investitionen und die Weiterentwicklung des Kongressfonds.

360 Das ICC wieder zum Leben erwecken

361 Unser ICC bauen wir gemeinsam mit privaten Partnern aus dem internationalen Konzeptverfahren zu
362 einem Zentrum für Kultur-, Kreativwirtschaft und Großveranstaltungen aus und machen es wieder
363 zum Magneten für Berlinerinnen, Berliner und Gäste. Am Standort schaffen wir auch innovative
364 Arbeitsplätze – gerade in der digitalen Wirtschaft.

365 Tourismus fördern

366 Tourismus ist eine unverzichtbare wirtschaftliche Säule Berlins. Nationale und internationale Gäste
367 sollen noch attraktivere Angebote erhalten und Berlin leichter erreichen können (→ siehe Kapitel
368 [Flughafen](#)). Wir setzen stärker auf nachhaltigen und dezentralen Tourismus, von dem die ganze Stadt
369 profitiert. Die CityTax-Einnahmen setzen wir vermehrt für stadtverträglichen und nachhaltigen
370 Berlin-Tourismus ein (Tourismuskonzept 2018+). So stärken wir die Tourismusbranche als
371 Arbeitgeberin und die Akzeptanz bei der Bevölkerung. Das Wassertourismuskonzept setzen wir um
372 und werben mit einer berlinweiten Kampagne für unsere Gewässer. Die Fahrgastschiffahrt
373 dekarbonisieren wir weiter – mit besserer Ladeinfrastruktur.

374 Städtepartnerschaften

375 Berlin stärkt seine Städtepartnerschaften als Netzwerke von Demokratie, Freiheit und internationaler
376 Zusammenarbeit. Wir vertiefen Beziehungen zu Kyiv und Tel Aviv und bauen bestehende
377 Partnerschaften im globalen Süden – etwa mit Windhoek, Mexiko-Stadt und Jakarta – weiter aus.
378 Zugleich intensivieren wir Kooperationen mit Städten, die wie Berlin für Offenheit, kulturelle Vielfalt
379 und demokratische Resilienz stehen. Dabei beziehen wir auch indigene und zivilgesellschaftliche
380 Partner*innen ein und übernehmen gemeinsam Verantwortung für Klima, Biodiversität und
381 Menschenrechte.

382 EXPO sowie Olympische und Paralympische Spiele als Chance für Berlin

383 Berlin hat in den letzten Jahren gezeigt, dass die Stadt Großveranstaltungen erfolgreich ausrichten
384 und Berliner*innen wie internationales Publikum begeistern kann. Jetzt wollen wir visionäre Projekte
385 anstoßen und große Jubiläen vorbereiten: EXPO 2035, die Internationale Bauausstellung (IBA) 2034-
386 2036, das 800-jährige Jubiläum Berlins 2037, 50 Jahre Mauerfall 2039 und die Olympischen und

387 Paralympischen Spiele 2040/44 bieten enorme Chancen, Berlins Innovations- und Anziehungskraft zu
388 beweisen.

389 Wir werden eine Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Spiele 2040/44 und um die
390 EXPO 2035 in Zusammenarbeit mit Brandenburg aktiv voranbringen und die IBA vorbereiten, um
391 Mehrwert für nachhaltige Stadtentwicklung, modernisierte Infrastruktur und einen
392 Digitalisierungsschub zu schaffen. Zudem wird Berlins Anspruch als Weltstadt, die Menschen und
393 Ideen aus der ganzen Welt verbindet und für Dialog, Freiheit und Vielfalt steht, untermauert. Alle
394 Großveranstaltungen sollen sozial, ökologisch und demokratisch gestaltet werden. Wir beteiligen die
395 Berliner*innen von Anfang an transparent und bringen ihnen spürbare Vorteile. So nutzen wir diese
396 Chancen, um Berlin stärker, innovativer und zukunftsfähiger zu machen.

397 **Zuhause sein - heute und morgen**

398 Berlin ist Zuhause. Berlin wächst. Weil Menschen an diese Stadt glauben und hier leben
399 wollen. Wir wollen, dass Berlin offen für alle bleibt. Das Wachstum ist Aufgabe – und wir
400 nehmen sie an. Wir bauen neu und erhalten, was da ist. Denn bezahlbarer Wohnraum
401 entsteht nicht von allein, er wird gemacht. Wir begrenzen Mieten und drängen das
402 Profitstreben zurück. Damit Wohnraum dem Gemeinwohl dient. Wir schaffen lebenswerte
403 Kieze für künftig vier Millionen Menschen. Dafür holen wir Flächen zurück und machen aus
404 Grau noch öfter Grün. Aus Durchgangsorten werden Orte zum Verweilen. Wir unterstützen
405 Nachbarschaften, die Nähe und Zugehörigkeit schaffen. Mit Bus, Bahn und Tram verbinden
406 wir die Stadt – dicht, verlässlich und im kurzen Takt. Wir arbeiten an einem Berlin, das allen
407 Menschen auf ihren Wegen Sicherheit gibt – ob zu Fuß, auf dem Rad oder hinterm Steuer.
408 Ein Berlin mit gerechter Raumverteilung und ohne Verkehrstote. Das schaffen wir nicht über
409 Nacht, aber mit einem guten Plan und viel Weitblick. Mit verbindlichen Maßnahmen passen
410 wir unsere Stadt an den Klimawandel an. Für uns ist sozialdemokratische Stadtpolitik eine
411 Stadtplanung, die Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und Umweltgerechtigkeit in den
412 Mittelpunkt stellt. Eine integrierte Planung muss die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen
413 - jung, alt; mobil und mobilitätseingeschränkter - berücksichtigen, um unsere Stadt inklusiver
414 und gerechter zu gestalten. All das ist sozialdemokratische Stadtpolitik.

415 **Mehr Wohnungen für Berlin**

416 Unser Wohnungsbauziel

417 Seit 2011 sind in Berlin 180.000 neue Wohnungen entstanden - mit Wohnraum für 350.000
418 Menschen.

419 Schon heute ist aber klar: Bis 2040 müssen mindestens 230.000 weitere Wohnungen entstehen -
420 dazu brauchen wir landeseigene, genossenschaftliche und private Bauherr*innen gleichermaßen. In
421 der Legislaturperiode 2026 - 2031 sollen 100.000 neue Wohnungen geschaffen werden. Nur so
422 begegnen wir dem Wohnraumangel wirksam. Denn ein Zuhause ist Voraussetzung für ein würdiges
423 Leben.

424 Damit wir das schaffen, arbeiten wir mit landeseigenen, genossenschaftlichen und privaten
425 Bauherr*innen. Wir kooperieren mit allen öffentlichen und privaten Akteuren, die an
426 Beschleunigung, sozialem Wohnraum und bezahlbaren Mieten verlässlich mitwirken. So bewältigt
427 Berlin die planerischen, baulichen und finanziellen Herausforderungen.

428 Unser Öffentliches Wohnungsbauprogramm als Motor für bezahlbaren Neubau

429 Schon jetzt haben wir Tausende neue Wohnungen in Landeshand geschaffen. In 2026 werden es
430 6.500 sein. Künftig gestalten wir die Rahmenbedingungen so, dass mehr als die Hälfte der neuen
431 Wohnungen bei landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften und anderen
432 gemeinwohlorientierten Unternehmen entsteht.

433 Dafür legen wir ein öffentliches Wohnungsbauprogramm auf, das die laufende
434 Wohnungsbauförderung ergänzt. So schaffen wir verlässliche Voraussetzungen für mehr

435 Fertigstellungen. Im Jahresmittel wollen wir 10.000 Wohnungen erreichen. Dazu ermöglichen wir
436 Kapazitätsaufbau in den Landesunternehmen, deren Eigenkapitalbasis wir schrittweise im
437 erforderlichen Umfang stärken. Außerdem prüfen wir Synergien zwischen Landesunternehmen und
438 betrachten dazu auch mögliche Strukturveränderungen. So sichern wir einen effizienten
439 Mitteleinsatz.

440 Gemeinsam mit landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und Genossenschaften schaffen wir
441 gezielt barrierefreie bezahlbare Wohnangebote für Alleinerziehende und auch für
442 Wohngemeinschaften, wie WGs für junge Menschen, die zum Beispiel Azubis und Studierende
443 zusammenbringen, Alters-WGs und generationenübergreifende Wohngruppen.

444 Mehr Förderung und Bauflächen für Genossenschaften

445 Wir entwickeln die Förderung für Genossenschaften weiter. Sie wird zur zweiten Säule des
446 öffentlichen Wohnungsbauprogramms.

447 Wir identifizieren geeignete landeseigene Flächen und stellen sie für genossenschaftlichen
448 Wohnungsbau bereit. Das gilt auch für andere gemeinwohlorientierte Akteure. Zugriff ermöglichen
449 wir vor allem über Erbbaurecht. Voraussetzung bleibt dauerhafte und nachhaltige Bestandhaltung
450 sowie soziale Bewirtschaftung.

451 Neue Wohnungen in neuen Stadtquartieren

452 Viele neue Wohnungen entstehen in den 24 neuen Stadtquartieren. Einige entstehen am Stadtrand.
453 Andere entstehen in großen Entwicklungsgebieten in Innenlagen.

454 Viele dieser Flächen gehören dem Land. Wir machen sie künftig schneller verfügbar. Dafür schaffen
455 wir rechtzeitig die verkehrliche Erschließung, inklusive der passenden sozialen Infrastruktur.

456 Fokussierte Ankaufspolitik des Landes

457 Beim Ankauf priorisieren wir klimagerechte Neubauwohnungen, die aktuelle Energiestandards
458 erfüllen. Diese Ankäufe unterstützen die Neubautätigkeit. Sie erweitern das Wohnraumangebot
459 sofort, weil die Wohnungen vollständig vermietet werden.

460 Ältere größere Bestände kaufen wir nur noch gezielt an. Das gilt für Quartiere mit niedrigem
461 kommunalem Anteil. So reduzieren wir räumliche Ungleichgewichte und sichern gemischte Stadt-
462 und Bevölkerungsstrukturen.

463 Das kommunale Vorkaufsrecht wenden wir weiterhin im erforderlichen Umfang an.

464 Mehr sozialer Wohnraum auch in privaten Bauprojekten

465 Das kooperative Baulandmodell ist ein Erfolgsbeispiel für Konsens zwischen Stadt und privaten
466 Bauherren. Bei Neubauvorhaben mit Bebauungsplan sichert es 30 Prozent Sozialwohnungen. Wir
467 erhöhen diese Quote auf 50 Prozent und stärken das Modell als Kerninstrument für bezahlbares
468 Wohnen.

469 Das kooperative Baulandmodell soll künftig auch ohne Bebauungsplan gelten (sog. Neuköllner
470 Modell): Überall dort, wo Bauherren Befreiungen vom Baurecht brauchen (Dispensverträge), fordern
471 wir bezahlbaren Wohnraum verbindlich ein.

472 Gleichzeitig verbessern wir das Monitoring und sichern mit den Bezirken die Vermietung zugesagter
473 Sozialwohnungen.

474 Schneller bauen und genehmigen

475 Den Wohnungsbau insgesamt kurbeln wir mit dem „Bau-Turbo“ an. Wir setzen ein 2-Jahres-Ziel bei
476 Bebauungsplänen. Planungsrechtliche Genehmigungen sollen zügig erfolgen.

477 Dafür nutzen wir alle Instrumente der Stadtentwicklungs- und Baupolitik, die Planungssicherheit
478 geben. Unser Ziel bleibt klar: mehr Tempo ohne soziale Abstriche.

479 Vorhandene Flächen und Grundstücke besser nutzen

480 Für den Wohnungsbau nehmen wir unterausgenutzte Bereiche stärker in den Blick. Das gilt für
481 Baulücken, Brachflächen und niedrig bebaute Grundstücke.

482 Gemeinsam mit der IBB starten wir ein Förderprogramm, das u.a. auch auf Bundesförderungen
483 zurückgreift. Es unterstützt den Umbau leerstehender Bürogebäude und -flächen und hilft
484 Eigentümer*innen beim zügigen Umbau zu Wohnraum. Die Förderung koppeln wir an die
485 Mietpreisbindung.

486 Auch der schrittweise Rückbau der autogerechten Stadt schafft neue Potenziale. So gestalten wir in
487 einem Pilotprojekt die Fläche der ehemaligen A 104 um. Dort entsteht urbaner Stadtraum mit
488 bezahlbarem Wohnraum sowie sozialer und grüner Infrastruktur.

489 Wir nutzen Grundstücke besser, besonders in gut angebundenen Lagen und sehen Potenzial auch in
490 Umnutzung und Aufstockung. Ebenso prüfen wir die Überbauung eingeschossiger Bauten, etwa bei
491 Supermärkten. Dafür gehen wir aktiv auf Eigentümer*innen zu, zeigen konkrete Möglichkeiten auf
492 und ermutigen zur Nutzung.

493 Wir nutzen alle Wege zur Aktivierung unbebauter und ungenutzter Grundstücke. Das gilt besonders
494 für gut versorgte Lagen. Dazu erhöhen wir den Druck auf Eigentümer, die blockieren oder
495 spekulieren.

496 Wir führen eine Grundsteuer C für unbebaute, aber baureife Grundstücke ein, um Anreize zu
497 schaffen, diese Flächen schneller zu bebauen oder zu verkaufen. Außerdem setzen wir Baugebote
498 ein: Damit verpflichten wir Eigentümer bebaubarer Grundstücke zum Bauen innerhalb angemessener
499 Fristen.

500 Eigentümer*innen, die bislang nicht bauen wollen, sollen sich bewegen. Entweder bauen sie rasch
501 selbst oder sollen im Einzelfall zu einem angemessenen Preis verkaufen. Kommunale
502 Wohnungsbaugesellschaften sollen dann erwerben können.

503 Leerstehende Shoppingcenter und Ladenzeilen beleben wir neu und ermöglichen dort Jugend-,
504 Kultur-, Spiel-, Sport- und soziale Angebote. Zwischennutzungen fördern wir gezielt und vereinfachen
505 Genehmigungen. So wird Leerstand zu neuem Raum für die Stadtgesellschaft.

506 Eine Perspektive für Tegel und Tempelhof

507 Die ehemaligen Flughäfen Tegel und Tempelhof nehmen eine herausragende Stellung in der
508 Geschichte und der städtebaulichen Entwicklung Berlins ein.

509 Neben der Entwicklung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes treiben wir in Tegel mit
510 landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und gemeinwohlorientierten Genossenschaften den
511 Wohnungsbau zügig voran. Dabei erhöhen wir in den bereits geplanten Wohngebieten und in
512 angrenzenden Arealen das Baupotenzial und verbinden in einer zweiten Phase die drei
513 Teilbaugebiete miteinander. So schaffen wir dort insgesamt bis zu 12.000 neue Wohnungen. Wir

514 nehmen auch den Zentralen Festplatz als möglichen Standort für ein Stadtquartier in den Blick - und
515 wollen den dort verorteten Schaustellern eine alternative Fläche anbieten.

516 Das Tempelhofer Feld ist ein besonderer Ort für Klima, Bewegung und soziales Miteinander. Wir
517 erhalten es in seiner heutigen Funktion und entwickeln es behutsam weiter. Um die
518 Aufenthaltsqualität des Felds zu verbessern, bringen wir notwendige gesetzliche Anpassungen auf
519 den Weg. Wohnungen am Feldrand kommen nicht in Frage, solange die bisherigen Flächen in Berlin
520 ungenutzt sind – Vorrang haben bestehende Baupotenziale. Im Umfeld des Flughafengebäudes
521 setzen wir auf landeseigenen Wohnungsbau, ohne in das Feld einzugreifen. Das Gebäude selbst
522 beleben wir neu und öffnen es für vielfältige Nutzungen.

523 Regulierungen von Wohnraum und Mietverträgen

524 Steigende Mietpreise und unsichere Mietverhältnisse belasten viele Berliner*innen. Wir setzen uns
525 dafür ein, dass jede*r – unabhängig von Einkommen, Wohn- oder Lebenslage – ein bezahlbares und
526 sicheres Zuhause findet. Denn für uns gilt: Wohnen darf kein Armutsrisiko sein.

527 Eine neue Mietenaufsicht für Berlin

528 Bei der von uns eingerichteten Mietpreisprüfstelle können Berliner*innen unkompliziert prüfen
529 lassen, ob ihre Miete zu hoch ist – etwa, weil die Mietpreisbremse verletzt wurde oder Mietwucher
530 vorliegt. Mieter*innen erhalten dort Beratung zu den nächsten Schritten, um ihre Rechte
531 durchzusetzen.

532 Wir bauen die Mietpreisprüfstelle zur Mietenaufsicht Berlin aus. Sie soll beraten, verfolgen und
533 sanktionieren.

534 Als zentrale Stelle in ganz Berlin bekämpft die Mietenaufsicht künftig auch Wuchermieten und
535 ahndet Verstöße. Die bezirklichen Mieterberatungen entwickeln wir unter ihrem Dach zu regionalen
536 Anlaufstellen weiter. Die Mietenaufsicht erhält eine eigene Ermittlungsgruppe und arbeitet eng mit
537 der Staatsanwaltschaft Berlin zusammen.

538 Mit einer Mietpreis-Check-App erleichtern wir Meldungen überhöhter Mieten an die Mietenaufsicht.
539 Bei An- und Ummeldungen informieren wir über Mietpreisbremse und Mietwucher, verweisen auf
540 kostenlose Beratung in den Bezirken und erklären Schutzregeln in Milieuschutzgebieten.

541 Mit den Mitteln des Rechtsstaats gegen Miethaie vorgehen

542 Wir erweitern die Verfolgung von Mietwucher durch eine neue Schwerpunktabteilung bei der
543 Staatsanwaltschaft und verfolgen Miethaie mit empfindlichen Geld- und Haftstrafen. Auf
544 Bundesebene setzen wir uns für besondere Spruchkörper an den Gerichten ein. Räumungsprozesse
545 sollen mündlich verhandelt werden; ein schriftliches Vorverfahren bei Zahlungs- und
546 Räumungsklagen schließen wir aus.

547 Vorbildliche Vermietungspraxis der landeseigenen Wohnungsunternehmen

548 Die landeseigenen Wohnungsunternehmen sichern bezahlbaren Wohnraum und sozialen
549 Zusammenhalt. Wir richten sie stärker auf eine vorbildliche Vermietungspraxis aus und verbinden
550 soziale Gerechtigkeit mit nachhaltiger Bewirtschaftung. Wir begrenzen die Mieterhöhungen bei
551 landeseigenen Unternehmen, unter anderem passen wir das Leistbarkeitsversprechen so an, dass

552 sich die maximale Mietbelastung von 27 Prozent des Haushaltseinkommens an der Bruttokaltmiete
553 orientiert – nicht an der Nettokaltmiete.

554 Wir schaffen Transparenzregeln für Mieterhöhungen und Nebenkostenabrechnungen. Die
555 Ombudsstelle entwickeln wir zu einer echten Schlichtungsstelle weiter und sorgen für wohnortnahe
556 Ansprechpartner*innen mit verlässlichen Sprechzeiten.

557 Wir stärken Großwohnsiedlungen als lebenswerte und sichere Kieze. Dafür bauen wir das
558 Landesprogramm Großwohnsiedlungen aus und verzahnen es gezielt mit Programmen wie dem
559 Quartiersmanagement, um soziale Infrastruktur, Teilhabe und Lebensqualität dauerhaft zu
560 verbessern.

561 Wohnungen effektiver nutzen – Generationen zusammenbringen

562 Bei landeseigenen Wohnungen unterstützen wir neben dem Wohnungstausch auch den Wechsel von
563 einer größeren in eine kleinere Wohnung, etwa indem der Quadratmeterpreis erhalten bleibt. Eine
564 Tauschbörse soll alle landeseigene und private Wohnungsunternehmen einbeziehen.

565 Mit dem neuen Vermittlungsprogramm „Wohnen für Hilfe“ schaffen wir neue Wege für bezahlbares
566 und generationenübergreifendes Wohnen. Wir bringen Senior*innen mit ungenutzten Zimmern mit
567 jungen Menschen zusammen, die im Alltag unterstützen und dafür eine entsprechend verringerte
568 Miete zahlen müssen. So entstehen Wohnpartnerschaften auf Gegenseitigkeit, die bezahlbares
569 Wohnen ermöglichen, Einsamkeit vorbeugen und den Zusammenhalt stärken.

570 Eine neue Spezialeinheit Wohnraumschutz

571 Bestehender Wohnraum ist bedroht – durch Abriss, Leerstand wegen ausbleibender Investitionen,
572 Zweckentfremdung als Ferienwohnung oder durch möbliertes Wohnen. Wir bündeln die
573 Durchsetzung des Wohnraumschutzes in einer neuen Spezialeinheit beim Senat, die Bezirke
574 unterstützt und Verfahren beschleunigt.

575 Ferienwohnungen zurückgeben

576 Wir verschärfen das Zweckentfremdungsverbot und reduzieren die zulässige Zahl von Tagen pro Jahr
577 für die Nutzung von Neben- und Zweitwohnungen als Ferienwohnungen. So geben wir den
578 Berliner*innen tausende ungenehmigte Ferienwohnungen als Mietwohnungen zurück.

579 Inserate ohne Registrierung auf Plattformen werden wir konsequent unterbinden. Auch gegen die
580 kurzzeitige Vermietung hotelartig möblierter Räume und gegen Überbelegung zur Profitmaximierung
581 gehen wir vor. Die Spezialeinheit Wohnraumschutz hilft den Bezirken, illegale Angebote zu ermitteln
582 und effektiv zu unterbinden.

583 Abriss und Verwahrlosung von Wohnungen stoppen

584 Der Erhalt von Bestandswohnraum hat Vorrang vor Abriss und Ersatzneubau. Den Abriss von
585 Gebäuden schränken wir deutlich ein.

586 Wir ermöglichen den Bezirken, schneller gegen unzumutbare Wohnverhältnisse, Verwahrlosung und
587 Schrottimmobilien vorzugehen. Die Spezialeinheit Wohnraumschutz unterstützt dabei. Damit sich
588 Verstöße nicht lohnen, erhöhen wir die Bußgeldrahmen.

Eigentümer*innen mit mindestens 50 Wohneinheiten verpflichten wir im Rahmen einer Novelle des von uns erlassenen Wohnraumsicherungsgesetzes, eine Instandhaltungsrücklage zu bilden und einen festgelegten Anteil ihres Bestands an Haushalte mit Wohnberechtigungsschein zu vermieten.

Wir führen ein Mieten- und Wohnungskataster auf Landesebene ein. Es schafft Transparenz über Eigentumsverhältnisse, hilft beim Erfassen von Leerstand und verbreitert die Grundlage für die ortsübliche Vergleichsmiete. Zusätzlich führen wir eine Leerstandsmeldepflicht für Eigentümer ein.

Mieten und Gewinne von Vermietern deckeln

Die Zustimmung zur Initiative des Volksentscheids „Deutsche Wohnen und Co. Enteignen“ ist für uns Ausdruck dessen, dass eine Mehrheit der Berliner*innen das zügellose Profitstreben großer, insbesondere börsennotierter Wohnungsunternehmen ablehnt. Deshalb schaffen wir eine neue soziale Wohnungsordnung und einen gemeinwohlorientierten Wohnungsmarkt. Dabei ist unser Ziel auch die Einführung eines rechtssicheren Mietendeckels auf Grundlage des Art. 15 GG.

Änderungen im Mietrecht des Bundes sind dringend nötig

Wir kämpfen auf Bundesebene weiter für dringend notwendige Verbesserungen im Mietrecht: Wir setzen uns dabei für eine dauerhafte Mietpreisbremse ohne Ausnahmen ein und stellen klar, dass sie auch für möblierte Kurzzeitvermietungen gilt.

Auch das Verbot der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen wollen wir entfristen. Indexmieten wollen wir verbieten; die Kappungsgrenze auf maximal sechs Prozent in drei Jahren senken.

Wir setzen uns zudem dafür ein, dass auf Bundesebene die Modernisierungumlage gesenkt und befristet wird, bis die Kosten gedeckt sind. Eigenbedarfskündigungen sollen auf die Kernfamilie begrenzt werden; Missbrauch, etwa durch gekauften Eigenbedarf, ausgeschlossen werden. Die Grundsteuer soll nicht mehr auf die Miete umgelegt werden können. Wir setzen uns dafür ein, dass der Bund zudem ein soziales Gewerbemietrecht einführt. Das Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten soll wiederhergestellt werden. Das Wirtschaftsstrafrecht soll so verschärft werden, dass Wuchermieten schon bei Vorliegen eines Wohnraummangels verboten sind.

Berlin bleibt eine Mieter*innen-Stadt. Selbstgenutztes Wohneigentum unterstützen wir trotzdem gezielt – besonders für Familien mit geringem und niedrigem Einkommen im Rahmen von privaten Neubaugebieten sowie für Mieter*innen, die bei Umwandlung bereits in der Wohnung leben.

Unser Berlin wird sauber, grün und lebenswert

Parks und Grünflächen schaffen Lebensqualität

Parks und grüne urbane Flächen verbessern das Stadtklima, kühlen im Sommer und schaffen Lebensqualität für Mensch und Natur. Wir versetzen die Bezirksämter dauerhaft finanziell und personell in die Lage, naturnah zu pflegen.

Ergänzend arbeiten wir daran, dass die Berliner Stadtreinigung (BSR) die Reinigung aller Spielplätze und bis 2030 aller Parks und Grünanlagen übernimmt. So können sich die Bezirke stärker auf Pflege und Entwicklung konzentrieren. Parkläufer*innen sichern wir dauerhaft ab und weiten sie auf weitere Parks aus.

627 In der wachsenden Stadt brauchen wir auch wachsende Grünflächen. Deshalb schaffen wir einen
628 neuen Berliner Volkspark dort, wo besonders viel neuer Wohnraum entsteht – im Osten der Stadt.

629 Mehr Stadtbäume für Berlin

630 Mit dem Bäume-Plus-Gesetz haben wir eine Grundlage geschaffen, um Berlin grüner und kühler zu
631 machen. Bis 2040 soll die Zahl der Stadtbäume um 70 Prozent steigen. Jetzt zählt die Umsetzung.

632 Altbäume mit ihrer Schattenwirkung schützen wir stärker und verbessern die Pflege des Bestands. Im
633 Hoch- und Tiefbau planen wir baumgerecht und koppeln Fällgenehmigungen an den tatsächlichen
634 Baubeginn.

635 Wir erhalten Straßenbaumstandorte, bepflanzen leere Baumscheiben bis 2027 und schaffen neue
636 Baumstandorte – im Zielbild alle 15 Meter einen. Dazu stärken wir die Stadtbaumkampagne und
637 Baumpatenschaften und aktivieren bürgerschaftliches Engagement.

638 Abkühlung und grüne Erholung in den Kiezen

639 Wir gestalten Plätze und Straßen so, dass Menschen dort gern verweilen und sich sicher fühlen – und
640 dass zugleich Lebensräume für Stadtnatur und Tiere entstehen. Mini-Parks und wohnortnahe
641 Grünflächen schaffen Abkühlung in fußläufiger Entfernung.

642 Den Zugang zu Wasser verbessern wir mit Planschen und Brunnen, die die Berliner Wasserbetriebe
643 zentral ausbauen und instandhalten.

644 Wir handeln zuerst dort, wo Hitze, Lärm, Luftbelastung, Grünmangel und soziale Belastungen
645 zusammenkommen. Hotspots wie den Washingtonplatz und den Vorplatz am Bahnhof
646 Gesundbrunnen entsiegeln oder begrünen wir, etwa mit einem Tiny Forest.

647 Wir wollen, dass die Gewässer in der Innenstadt wieder besser zugänglich werden. Als Baustein dafür
648 machen wir Baden in der Spree möglich.

649 Die Berliner Stadtnatur erhalten

650 Kleingärten stehen für lebendiges, soziales Stadtleben. Wir stärken und schützen sie, fördern Öffnung
651 für Nachbarschaften und den Erhalt der Biodiversität. Gemeinschaftliches Gärtnern im öffentlichen
652 Raum unterstützen wir.

653 Mit der EU-Wiederherstellungsverordnung soll Berlin 20 Prozent seiner Fläche renaturieren. Wir
654 nutzen das, um den Wert der Stadtnatur zu vermitteln – auch mit Schulen und
655 Informationskampagnen. Die Biodiversitätsstrategie setzen wir um, am Berlin Urban Nature Pact
656 halten wir fest und wirken dem Artensterben wirksam entgegen.

657 Mit den Berliner Forsten machen wir den Wald klimafest und gestalten ihn naturnah um. Er bleibt
658 Erholungswald; wirtschaftliche Nutzung bleibt nachrangig. Wir fördern den Umbau zum Mischwald
659 vorrangig über Naturverjüngung. Den Zustand begleiten wir mit satellitengestütztem Monitoring.

660 Wir würdigen freiwilliges Umweltengagement. Einsätze, wie Müllsammeln, werden wir mit der
661 Ehrenamtskarte anerkennen und durch Gutscheine für Museen, Theater oder Bäder belohnen.

662 Tierschutz als Teil unserer Verantwortung

663 Wir stärken die Veterinärämter, damit sie illegalen Tierhandel und Qualzuchten konsequent
664 kontrollieren können. Wir sichern die Finanzierung des Tierheims und fördern funktionierende
665 Konzepte für Katzenkastrationen und Stadtaubenmanagement. Der Hundeführerschein ersetzt die

666 Rasselste und schafft Sicherheit durch Wissen. Wir schließen den Einsatz von Tieren auf staatlichen
667 Bühnen des Landes aus und untersagen weiterhin Auftritte von Zirkussen mit Wildtieren auf
668 landeseigenen Flächen. Die Funktion der* des Landestierschutzbeauftragten bleibt zentrale Stimme
669 für Tiere in Berlin.

670 Regenwasser nutzen, Trinkwasser schützen

671 Für die Schwammstadt koppeln wir mit den Berliner Wasserbetrieben und der Regenwasseragentur
672 mehr Regenwasser von der Kanalisation ab. Es soll vor Ort versickern, Einleitungen senken und
673 Gewässerqualität sowie Stadtgrün stärken. Die technische Reduktionsrate erhöhen wir, wo es
674 möglich ist.

675 Eine sichere Trinkwasserversorgung ist lebenswichtig. Wir bringen Gewässer und Uferbereiche
676 gemäß EU-Wasserrahmenrichtlinie in einen guten Zustand und erhalten sie als Lebensräume und
677 Erholungsorte – mit besonderem Fokus auf Kleingewässer. Notversorgung über Notbrunnen sichern
678 wir und starten eine Wassersparoffensive.

679 Müll vermeiden und recyceln

680 Wir stehen zum Zero-Waste-Konzept: Vermeidung hat Vorrang vor Verwertung und Entsorgung. Eine
681 Verpackungssteuer soll den Müll aus Essensverpackungen senken. Das NochMall-Kaufhaus und der
682 Reparatur-Bonus werden fortgeführt.

683 Nicht-kommerzielle Träger bei Altkleidersammlung und -verteilung stärken wir. Die
684 Altholz-Recyclingquote erhöhen wir deutlich über 25 Prozent, besonders mit den neuen Anlagen in
685 der Gradestraße. Unvermeidbaren Müll bereiten wir künftig stärker in Berlin auf und verwerten ihn.

686 Das Sperrmüllproblem endlich lösen

687 Berlin ist zu dreckig. Illegale Müllablagerungen belasten viele Kieze und beschädigen das Vertrauen in
688 den Staat. Wir gehen systematisch und mit wirksamen Maßnahmen dagegen vor.

689 Wir ändern das Straßenreinigungsgesetz, damit die BSR Sauberkeit besser über Meldungen, Sensoren
690 und Nutzerfeedback steuern kann. Gemeinsam mit Wirtschaft und Zivilgesellschaft starten wir
691 Projekte, um stark belastete Räume sauberer zu halten.

692 Sperrmüll-Kieztage weiten wir deutlich aus: In jedem Kiez soll es einmal pro Quartal einen Kieztage
693 geben. Die BSR informiert zu Jahresbeginn über Termine; mit Initiativen entwickeln wir die Kieztage
694 zu Nachbarschaftstagen mit Tauschmöglichkeiten weiter. Slots für Unterstützung bei schweren
695 Gegenständen machen wir buchbar.

696 In einem Bezirk testen wir Sperrmüll-Abholgutscheine: Jeder Haushalt kann zweimal pro Jahr eine
697 Abholung digital beauftragen – finanziert über die Hausmüllgebühren.

698 Illegale Ablagerungen klären wir schneller auf und verfolgen sie konsequent. Dafür setzen wir
699 „Müll-Sheriffs“ in den Ordnungsämtern ein und verbessern die Zusammenarbeit mit Polizei und BSR.

700 Sichere Mobilität für alle Berliner*innen

701 Die Mehrheit der Berlinerinnen und Berliner nutzt den ÖPNV, geht zu Fuß oder fährt Fahrrad. Unsere
702 Aufgabe ist es, gerade diese Verkehrsarten so attraktiv zu machen, dass mehr Menschen freiwillig
703 vom Auto umsteigen. Dabei bekennen wir uns ausdrücklich zu den Vorgaben des Mobilitätsgesetzes.

704 Öffentlicher Nahverkehr – das Rückgrat unserer Stadt

705 Wir wollen flächendeckend mindestens einen 10-Minuten-Takt – in der Innenstadt ebenso wie in den
706 Außenbezirken. Dafür müssen wir besser werden: Wir schaffen mehr Busspuren und sorgen für eine
707 „Grüne Welle“ für Busse und Bahnen. Autonom fahrende Kleinbusse sollen den ÖPNV in Randlagen
708 und zu Tagesrandzeiten ergänzen. Berlin soll Vorreiterin beim autonomen Fahren im öffentlichen
709 Verkehr werden.

710 Die Sanierung und Modernisierung des Netzes, barrierefreie Haltestellen mit Sitzgelegenheiten sowie
711 Zugänge an allen Stationen haben für uns Priorität. Die Elektrifizierung des Busverkehrs setzen wir
712 fort und senken damit zugleich den Lärm in der Stadt.

713 Wir treiben den Ausbau der Straßenbahn in allen Bezirken voran, finanzieren laufende Projekte aus
714 und nehmen gestoppte Vorhaben wieder auf. Begonnene U-Bahn-Projekte führen wir zügig weiter,
715 darunter die Verlängerung der U3 zum Mexikoplatz, der U7 zum BER und zur Heerstraße Nord sowie
716 der U8 ins Märkische Viertel. Wo neue Strecken noch fehlen, ergänzen wir sie vorübergehend mit
717 Express-Buslinien. Das Schienenprojekt i2030 zur besseren Anbindung Berlins und Brandenburgs
718 finanzieren wir aus und setzen es mit einem klaren Zeitplan um.

719 Bezahlbarer und sicherer ÖPNV

720 Das Deutschlandticket zählt zu den erfolgreichsten Projekten der Verkehrspolitik. Es hat viele
721 Menschen zurück in Bus und Bahn gebracht und den ÖPNV einfacher gemacht. Deshalb fordern wir
722 von Bund und Ländern, den Preis wieder auf 49 Euro zu senken

723 Für mehr Sicherheit und Sauberkeit setzen wir zusätzliches Personal ein und ermöglichen flexible
724 Nachtbushaltestellen. Die BVG konzentriert sich als öffentliches Unternehmen zunächst auf die
725 Stabilisierung des Betriebs, etwa durch mehr Kapazitäten für Wartung. Die S-Bahn bleibt rechtlich
726 und betrieblich eine Einheit. Zugleich wirken wir auf die Deutsche Bahn ein, damit Zuverlässigkeit
727 und Pünktlichkeit wieder deutlich steigen.

728 Wir schützen das Taxigewerbe vor unlauterem Wettbewerb und führen ein
729 Mindestbeförderungsentgelt für appvermittelte Mietwagen ein. Alle Berliner Taxen sollen am BER
730 Fahrgäste aufnehmen dürfen.

731 Fußverkehr – sicher, barrierefrei, überall

732 Ein Drittel aller Wege legen die Berliner*innen zu Fuß zurück – kostenlos, umweltfreundlich und
733 gesund. Das fördern wir mit breiten, gut beleuchteten und barrierefreien Gehwegen sowie deutlich
734 mehr sicheren Querungen, auch in Fahrradstraßen. Alle Ampeln rüsten wir mit taktilen und
735 akustischen Signalen aus. Auch für Fußgänger*innen schaffen wir eine grüne Welle.

736 Um das Chaos mit E-Scootern und Leihrädern zu beenden, richten wir verbindliche Abstellflächen
737 ein, sogenannte Jelbi-Stationen. Wir sorgen dafür, dass sie nicht mehr auf Gehwegen genutzt werden
738 können. Außerhalb dieser Flächen soll sich die Nutzung nicht beenden lassen. Wir stellen außerdem
739 sicher, dass Sharing-Angebote nicht nur in der Innenstadt, sondern auch in den Außenbezirken
740 verfügbar sind.

741 Radverkehr – geschützt, schnell, verbindend

742 Für ein lückenloses und sicheres Netz setzen wir den Radverkehrsplan konsequent um und
743 priorisieren das Radvorrangnetz. Bei den Radschnellverbindungen kehren wir zur vorgesehenen
744 Planung zurück und schaffen verlässliche Finanzierungsbedingungen.

745 Wir errichten mehr Radbügel, bauen Fahrradparkhäuser sowie Bike-and-Ride-Anlagen mit
746 Beleuchtung und Wetterschutz an Mobilitätsknotenpunkten und entwickeln dafür serielle Typen und
747 Standards. Auch in Brandenburg setzen wir uns für sichere Abstellanlagen an S-Bahnhöfen ein, damit
748 Pendler*innen leichter umsteigen können.

749 Straßenverkehr – sichere Infrastruktur und klimafreundlich

750 Das Straßennetz bleibt zentral für die Funktionsfähigkeit der Stadt. Busse, Rettungsdienste,
751 Feuerwehr, Stadtreinigung und Gewerbeverkehr brauchen leistungsfähige und sichere Wege,
752 einschließlich intakter Brücken. Den motorisierten Individualverkehr denken wir mit, ohne ihn zur
753 unverhältnismäßigen Belastung für Sicherheit und Infrastruktur werden zu lassen.

754 Statt die A100 weiterzubauen, setzen wir auf den Erhalt unserer Straßen und Brücken sowie auf
755 nachhaltige Mobilität. Wir setzen uns beim Bund dafür ein, dass Investitionsmittel stärker als bisher
756 für die Sanierung von Straßen und Brücken sowie den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs
757 eingesetzt werden. Für den Anschluss Treptower Park entwickeln wir ein Verkehrskonzept, damit die
758 Autobahn dort dauerhaft endet.

759 Wir bauen die Tangentialverbindung Ost als Straße, ohne einen späteren parallelen S-Bahn-Ausbau
760 zu behindern. Neue Stadtteile planen wir autoarm und errichten Kiezparkhäuser – wo möglich auch
761 in bestehenden Quartieren.

762 Für Pendler*innen werten wir Park-and-Ride-Anlagen mit Beleuchtung, Wetterschutz, Ladepunkten,
763 Toiletten und Jelbi-Verknüpfung auf.

764 Parkplätze – verlässliche, langfristige Reduzierung

765 Wir weiten Parkraumbewirtschaftungszonen aus, entlasten Anwohnende bei der Parkplatzsuche und
766 kontrollieren effizienter mit Scan-Cars. Die Einnahmen verwenden wir zweckgebunden für den
767 Umweltverbund und für Kiezparkhäuser. Die Gebühren für Anwohnerparkausweise erhöhen wir.

768 Wir ermöglichen außerdem, dass Anwohner*innen Stellplätze von Supermärkten, Behörden oder
769 Parkhäusern außerhalb der Öffnungszeiten nutzen können. Ein digitales Parkleitsystem soll den
770 Parksuchverkehr deutlich reduzieren.

771 Für den Wirtschaftsverkehr bauen wir Gewerbekurzzeitparkplätze massiv aus, damit Lieferdienste,
772 Handwerker*innen und Pflegekräfte sichere Stellflächen finden.

773 Ausbau der Ladeinfrastruktur

774 Für mehr Elektromobilität setzen wir den Ausbau öffentlicher Ladesäulen konsequent fort und regen
775 zusätzliche Ladepunkte auf Parkplätzen des Einzelhandels an. Schnelles Laden beim Einkaufen soll
776 zum neuen Standard werden.

777 Verkehrssicherheit – Vision Zero umsetzen

778 Wir stehen zur Vision Zero: keine Toten und Schwerverletzten im Straßenverkehr.
779 Verkehrsberuhigung in den Kiezen bleibt dafür das wirksamste Mittel. Wir unterstützen Initiativen
780 der Anwohner*innen und wirken auf Navigationsanbieter ein, um Durchgangsverkehr zu vermeiden.
781 Tempo 50 auf bisherigen Tempo-30-Strecken lehnen wir ab. Tempo 30 richten wir besonders rund
782 um Kitas, Schulen, Spielplätze und Seniorenheime ein und nutzen die neuen Spielräume der
783 Straßenverkehrsordnung konsequent.
784 Nach dem Pariser Modell bauen wir geeignete Schul- und Kitastraßen zu verkehrsberuhigten Zonen
785 und Miniparks um.
786 Kinder schützen wir mit abgegrenzten Radwegen, getrennten Abbiegespuren, temporären
787 Spielstraßen und anderen baulichen Maßnahmen sowie speziellen Verkehrskonzepten,
788 Lotsendiensten und Verkehrserziehung. Wir setzen auf konsequente Kontrollen sowie den Ausbau
789 stationärer und mobiler Überwachung von Tempo, Lärm und Rotlichtverstößen. Die Einnahmen
790 verwenden wir zweckgebunden. Die Fahrradstaffel der Polizei bauen wir aus und statten die
791 Ordnungsämter besser aus.

792 Flugverkehr und internationale Anbindung

793 Berlin braucht eine starke internationale Anbindung – für die Menschen in der Stadt ebenso wie für
794 Wirtschaft und Gäste. Wir arbeiten an besserer Konnektivität am BER und treiben internationale
795 Bahnverbindungen voran, besonders in Richtung Polen und Baltikum. Das Nachtflugverbot am BER
796 bleibt bestehen.

797 Daten, Transparenz und Digitalisierung im Verkehr

798 Fahrgastinformationen im ÖPNV stellen wir digital und in Echtzeit bereit – auch an Haltestellen.
799 Sharing-Angebote bündeln wir in einer multimodalen App und vernetzen sie mit Bus und Bahn.
800 Verkehrslenkung und Überwachung digitalisieren wir weiter.

801 Wirtschaftsverkehr – sauber, effizient, lokal

802 Wir bringen wirtschaftliche Verkehre mit Klima- und Stadtzielen in Einklang. Dezentrale Logistik-Hubs
803 bauen wir aus, ebenso Lieferungen mit Elektrotransportern und Lastenrädern. In Geschäftsstraßen
804 richten wir mehr Ladezonen und Kurzzeitparkplätze ein (→ siehe Kapitel [Parkplätze](#)).
805 Gewerbegebiete statten wir besser aus und sichern ihre ÖPNV-Anbindung.
806 Ein LKW-Vorrangnetz entlastet belastete Straßen. Mehr Güter verlagern wir auf Schiene und
807 Wasserwege, schaffen zusätzliche Umschlagplätze und stärken die landeseigene BEHALA.

808 Wasserstraßen – gemeinsam und nachhaltig

809 Wir treiben die Elektrifizierung der gewerblichen und privaten Schifffahrt voran, vereinheitlichen die
810 Registrierung und führen einen „TÜV“ für Boote ein. Für die Entsorgung von Schrottbooten schaffen
811 wir klare Regeln. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, die Führerscheinfreiheit auf
812 Wasserstraßen von 15 auf 5 PS zu senken.

813 Sicherheit für ein gutes Leben

814 „Alle freien Menschen, wo immer sie leben mögen, sind Bürger Berlins.“ Das hat John F.
815 Kennedy bei seiner berühmten Rede gesagt. Denn Berlin ist die Hauptstadt der Freiheit.
816 Damit das so bleibt, brauchen wir die Stärke des Rechts – nicht das Recht des Stärkeren. Das
817 bedeutet: Harte Kante gegen alle Feinde der Demokratie, aber offene Arme für alle, die
818 demokratisch mitgestalten wollen. Wir sind für ein Verbot der AfD und setzen zugleich auf
819 Deradikalisierung und Demokratieförderung.

820 Berlin muss gewappnet sein - gegen (Cyber-)Angriffe auf unsere demokratische und
821 technische Infrastruktur, gegen Krisen und Kriminalität. Eine Stadt ist nur so sicher, wie ihre
822 Bewohner*innen sich fühlen. Deshalb sichern wir unsere Infrastrukturen und investieren in
823 Katastrophen- und Bevölkerungsschutz.

824 Wir setzen auf Prävention vor Härte. Auf mehr Mittel für die Justiz und eine gut
825 ausgestattete Polizei – als Verbündete der Menschen gegen Angst, Hass und Gewalt. Wir
826 denken die Sicherheit vor Straftaten und soziale Sicherheit zusammen - so wird Kriminalität
827 wirksam vorgebeugt.

828 Wir setzen auf gute Krankenhäuser und starken öffentlichen Gesundheitsdienst. Unser
829 soziales Sicherungsnetzwerk umfasst eine gute Gesundheitsversorgung für alle Berliner*innen.

830 Unsere wehrhafte Demokratie schützen

831 Wir schützen unsere wehrhafte Demokratie vor ihren Feind*innen und stärken sie mit einem
832 Demokratieförderungsgesetz. Sicherheitsbehörden, Verfassungsschutz und Zivilgesellschaft leisten
833 gemeinsam einen wichtigen Beitrag, um extremistischen Kräften und Parteien entschlossen
834 entgegenzutreten.

835 Ein Verbotsantrag gegen die AfD

836 Wir sehen die extreme Rechte und autoritäre Bestrebungen als größte Gefahr für unsere
837 Demokratie. Deshalb wollen wir, dass die AfD vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig
838 eingestuft wird. Wir unterstützen einen entsprechenden Antrag und treiben ihn mit einer
839 Bundesratsinitiative voran.

840 Die Demokratie stärken

841 Wir lehnen jede Form extremistischer oder religiös motivierter Gewalt entschieden ab. Berlin
842 braucht eine Strategie für lebendige Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt im Netz,
843 ergänzt um digitale Präventionsansätze gegen Hassrede, Desinformation und Radikalisierung. Dabei
844 setzen wir Schwerpunkte auf Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Misogynie und
845 geschlechtsspezifische Gewalt.

846 Kern dieser Strategie ist ein Landesdemokratieförderungsgesetz. Es schafft einen verlässlichen Rahmen
847 für die demokratiefördernde Arbeit der Zivilgesellschaft und für die Demokratiebildung. So stärken
848 wir die gesellschaftliche Resilienz dauerhaft.

849 Zusätzlich richten wir ein Kompetenzzentrum für Deradikalisierungs-, Distanzierungs- und
850 Ausstiegsarbeit in den Bereichen Islamismus und Rechtsextremismus ein. Wir entwickeln auch
851 geeignete Maßnahmen im Bereich des Linksextremismus. Rechtsextreme Jugendkultur behandeln
852 wir als eigenständiges Phänomen und begegnen ihr mit gezielten Präventionsprogrammen.

853 Schutz und Sicherheit für Stadt und Menschen

854 Infrastruktur-, Bevölkerungs- und Katastrophenschutz

855 Berlin steht als Hauptstadt besonderen inneren wie äußeren Gefährdungen gegenüber. Analog zum
856 Nationalen Sicherheitsrat der Bundesregierung setzen wir in Berlin einen Landessicherheitsrat ein,
857 um die Entwicklung und Umsetzung von Sicherheitsstrategien zu koordinieren. Wir stärken damit die
858 ressortübergreifende Zusammenarbeit und die Zusammenarbeit zwischen der Bundeshauptstadt und
859 der Bundesregierung.

860 Damit Berlin auch in Krisen handlungsfähig bleibt, machen wir unsere Stadt widerstandsfähiger und
861 legen dafür eine umfassende Strategie zum Schutz kritischer Infrastruktur vor. Gezielt investieren wir
862 in Technik, Schutzmaßnahmen und dezentrale Versorgungslösungen.

863 Gleichzeitig unterstützen wir die Betreiber kritischer Infrastruktur bei Prävention und Schutz. Das
864 Lagebild Berlin entwickeln wir zu einem Echtzeit-System für Strom, Wasser, Wärme und weitere
865 sensible Bereiche weiter, damit wir Risiken früh erkennen können.

866 Zudem bauen wir das Kompetenzzentrum für Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement aus,
867 verbessern die Strukturen des Katastrophenschutzes, stärken die zivile Verteidigung und machen
868 unsere Wirtschaft robuster gegen Cyberangriffe (→ siehe Kapitel [Transformation in die](#)
869 [Digitalgesellschaft](#)).

870 Denn zum Schutz unserer Stadt, der Berliner*innen und unserer Demokratie gehört auch der Schutz
871 digitaler Infrastrukturen vor Angriffen und gezielter Desinformation. So sichern wir staatliche
872 Handlungsfähigkeit und eine verlässliche Versorgung für alle Berliner*innen.

873 Sichere Kieze – mehr Opferschutz

874 Unser Ziel sind sichere Kieze für alle. Neben Prävention stärken wir deshalb die Strafverfolgung. Vom
875 Kampf gegen Fahrraddiebstahl über besseren Schutz vor Belästigungen bis zur Bekämpfung von
876 Schutzgelderpressung arbeiten wir daran, dass sich alle Berliner*innen in ihrem Umfeld sicher fühlen
877 können.

878 Wir verstärken gezielt die Arbeit von Polizei und Staatsanwaltschaft gegen Wirtschaftskriminalität
879 wie Geldwäsche, Steuerhinterziehung, Schwarzarbeit und Korruption. Kriminell erworbenes
880 Vermögen schöpfen wir konsequent ab. Zugleich nehmen wir organisierte Kriminalität, Banden- und
881 Cyberkriminalität stärker in den Blick. Gewalt gegen Frauen und Hasskriminalität bekämpfen wir
882 entschlossen und erhöhen die Aufklärungsquoten.

883 Freiheitsrechte schützen

884 Bei alledem gilt: Staatliche Eingriffe müssen stets verhältnismäßig bleiben und die Freiheitsrechte
885 achten.

886 Auf Bundesebene setzen wir uns deshalb dafür ein, die Rechte des unabhängigen Polizei- und
887 Bürgerbeauftragten im Strafprozess zu stärken. Über eine Bundesratsinitiative wollen wir außerdem

888 das Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeiter*innen erweitern, wenn sie besonders sensible
889 Beratungen übernehmen.

890 Ebenso muss die Versammlungsfreiheit ein hohes Gut bleiben. Wir halten deshalb an der Berliner
891 Deeskalationsstrategie fest und stellen zugleich sicher, dass die Presse auch bei Demonstrationen
892 ungehindert arbeiten kann.

893 Wir stärken das Vertrauen aller Communities in die Sicherheitsbehörden und halten am klaren
894 Verbot von Racial Profiling fest. Verdachtsunabhängige Kontrollen sowie Waffen- und
895 Messerverbotzonen sollen in Berlin Ausnahme bleiben. Deshalb unterziehen wir die Einstufung
896 kriminalitätsbelasteter Orte einer regelmäßigen parlamentarischen Kontrolle.

897 Beim Einsatz von KI prüfen wir Nutzen und Risiken sorgfältig in jedem Einzelfall und evaluieren die
898 Anwendungen regelmäßig. In diese Prozesse binden wir Sicherheitsbehörden, Zivilgesellschaft und
899 digitale Bürgerrechtsorganisationen ein. Im Zusammenhang mit automatisierten
900 Massendatenauswertungen setzen wir uns für eine souveräne europäische Lösung ein. Den Einsatz
901 von Software des Herstellers Palantir lehnen wir für Berlin entschieden ab.

902 Zur Aufarbeitung strafrechtlicher Vorwürfe gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes streben wir
903 eine Einheit „Interne Ermittlungen“ bei der Senatsverwaltung für Inneres an.

904 Bürgernahe Polizei und Feuerwehr

905 Wir stehen für eine Polizei, die respektvoll handelt und die Vielfalt dieser Stadt widerspiegelt. Ihre
906 interkulturelle Kompetenz bauen wir deshalb weiter aus. Vergleichbares gilt für die Berliner
907 Feuerwehr.

908 Einsatzkräfte verdienen Vertrauen, Anerkennung und gute Arbeitsbedingungen. Deshalb stärken wir
909 Polizei und Feuerwehr politisch, mit moderner Infrastruktur und zeitgemäßer Ausrüstung.

910 Um Menschen in psychischen Krisen besser zu helfen, vernetzen wir Polizei, sozialpädagogische
911 Fachkräfte und sozialpsychiatrische Dienste und bauen mobile Teams auf. Für die Sanierung von
912 Wachen und Wehren legen wir ein Sonderinvestitionsprogramm nach Vorbild der Schulbauoffensive
913 auf. Zusätzlich starten wir ein Modellprojekt, bei dem Polizei und Feuerwehr Drohnen zur
914 Erstaufklärung einsetzen können.

915 Wir wollen, dass jedes Kind in Berlin bis zum Schulabschluss mindestens einmal Polizei- und
916 Feuerwehrkräfte in Schule oder Kita erlebt. Gleichzeitig stärken wir die Kiezbeauftragten der
917 Feuerwehr als erfolgreiches Präventionsprojekt.

918 Die Polizei soll Strafverfolgung und Gefahrenabwehr mit „Community Policing“ verbinden und auf
919 Bündnisarbeit mit der Zivilbevölkerung setzen. So entstehen belastbare Kooperationen mit Schulen,
920 Sozialarbeit und weiteren Akteuren im Quartier.

921 Fuß- und Fahrradstreifen weiten wir stadtweit aus. U- und S-Bahnhöfe besetzen wir häufiger mit
922 Sicherheitspersonal. Ergänzend starten wir ein Programm des digitalen „Community Policing“, das
923 besonders junge Menschen auch online erreicht.

924 Gewaltprävention ausbauen

925 Viele Akteur*innen aus Sozialarbeit, Bildung, Quartiersmanagement und Ehrenamt leisten bereits
926 wertvolle Arbeit für friedliche Nachbarschaften. Wir fördern ressortübergreifende Programme zur
927 gewaltfreien Konfliktlösung und Prävention in den Kiezen.

928 Dabei setzen wir Schwerpunkte auf geschlechtsspezifische Projekte, etwa gegen häusliche Gewalt
929 sowie Waffen- und Messergewalt. Die bezirklichen Präventionsräte stärken wir personell. Ein
930 Gewaltpräventionsgesetz soll Prävention, bezirkliche Strukturen und ressortübergreifende
931 Zusammenarbeit verbindlich regeln und dauerhaft finanzieren. Besondere Aufmerksamkeit gilt
932 Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen.

933 Frauen und Kinder vor Gewalt schützen

934 Frauen wollen wir besser vor Femiziden schützen. Die Istanbul-Konvention setzen wir konsequent um
935 und bauen Frauenhäuser, Schutzwohnungen, Unterstützungsangebote für queere Menschen sowie
936 Gewaltschutzambulanzen stadtweit aus. Auch Minderjährige sollen einfacher Zugang erhalten.

937 Einrichtungen zum Schutz von Frauen vor Gewalt werden wir künftig nicht mehr als
938 Zuwendungsprojekte gestalten, sondern in Trägerfinanzierung längerfristig sichern. Zudem setzen wir
939 uns weiter dafür ein, dass Krankenkassen die Kosten der „Vertraulichen Spurensicherung“
940 übernehmen. Es sollen nach Möglichkeit alle Notfallkrankenhäuser mit Fachrichtung Gynäkologie
941 diese durchführen können.

942 Wir richten eine unabhängige Stelle gegen sexuellen Missbrauch und sexualisierte Gewalt an Kindern
943 und Jugendlichen ein. Durch flächendeckende Aufklärung schützen wir Kinder besser vor
944 Cybergrooming und sexualisierter Gewalt im Netz.

945 Wir stärken die Sicherheit im öffentlichen Raum, etwa durch Überdachung und Beleuchtung von
946 Haltestellen, Sicherheitsinfos in Nachtbussen, besetzte Bahnhöfe, mehr BVG-Streifen mit gemischten
947 Teams, das „Heimwegtelefon“ über das Berliner Bürgertelefon an Wochenenden sowie eine
948 Kampagne für Gewaltfreiheit im ÖPNV.

949 Moderne und leistungsstarke Justiz

950 Verfahrensdauern verkürzen und Institutionen stärken

951 Wir wollen eine leistungsfähige Justiz, die zügig ermittelt und entscheidet. Verfahrensdauern
952 verkürzen wir durch bessere Abläufe, konsequente Digitalisierung und zusätzliche Stellen. Gerade bei
953 Jugendlichen und Heranwachsenden sollen die Behörden auf Straftaten schnell reagieren.

954 Die Staatsanwaltschaft Berlin stärken wir mit ausgebauten bzw. neuen Schwerpunktabteilungen
955 gegen Angriffe auf Mitbestimmung (→ siehe Kapitel [Gute Arbeit und Fach- und](#)
956 [Arbeitskräftesicherung](#)) sowie gegen Wohn- und Mietkriminalität (→ siehe Kapitel [Mit den Mitteln](#)
957 [des Rechtsstaats gegen Miethaie vorgehen](#)).

958 Auch das Schöffengericht werten wir auf und legen besonderes Gewicht auf ein klares Bekenntnis zur
959 freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

960 Einfacher Zugang zum Recht für alle Menschen

961 Das staatliche Justizmonopol bleibt für uns unantastbar. Gleichzeitig muss jede und jeder –
962 unabhängig von Einkommen oder Vermögen – Zugang zu Rechtsschutz und Rechtsberatung haben.

963 Wir bauen den elektronischen Rechtsverkehr weiter aus und schaffen eine bürgernahe,
964 dienstleistungsorientierte Justiz mit niedrighschwelligen Zugängen. Alle zentralen Informationen
965 bündeln wir in einem Justizportal.

966 Moderner Strafvollzug

967 Wir setzen auf einen Strafvollzug, der Sicherheit und Resozialisierung verbindet. Intensivtäter
968 verbleiben im geschlossenen Vollzug, Radikalisierung in Haft unterbinden wir konsequent.

969 Ersatzfreiheitsstrafen, die oft sozial Schwächere treffen, ersetzen wir schrittweise durch soziale
970 Arbeit. Ausbildung, Arbeit und Täter-Opfer-Ausgleich stärken wir gezielt. Auf Bundesebene setzen wir
971 uns weiter für die Entkriminalisierung des Schwarzfahrens ein.

972 Gute Gesundheitsversorgung für alle

973 Gesundheit ist ein Menschenrecht. Deshalb wollen wir eine gerechte und flächendeckende
974 Gesundheitsversorgung. Ambulante, stationäre und psychosoziale Angebote müssen enger
975 zusammenarbeiten.

976 Die Krankenhausversorgung sichern

977 Viele Berliner Krankenhäuser stehen vor großen Herausforderungen. Hohe Defizite und
978 Investitionsstau belasten sie. Die SPD Berlin setzt sich vor diesem Hintergrund für eine auskömmliche
979 Finanzierung ein. Gleichzeitig treiben wir die Krankenhausreform voran. Sie setzt auf Spezialisierung,
980 Kooperation und Qualität.

981 Damit Berlin die für die Krankenhausreform bereitgestellten Bundesmittel voll nutzt, stellen wir die
982 nötigen Landesmittel bereit. Wir sichern auch künftig wohnortnahe Versorgung und
983 Notfallstrukturen.

984 Kinder- und Jugendmedizin hat für uns höchste Priorität. Wir werden gemeinsam mit der Charité
985 Berlin eine neue hochmoderne und digitale Kinderklinik errichten. Unser Ziel: europaweit die beste
986 kindermedizinische Versorgung.

987 Auf Bundesebene kämpfen wir für gerechte Finanzierung.

988 Wir wollen neben den landeseigenen Häusern auch bei anderen Krankenhausträgern
989 Entlastungstarifverträge. Pflegekräfte müssen spürbar entlastet werden. Weiterbildung soll leichter
990 möglich sein.

991 Berlin zur Medizinhauptstadt machen

992 Berlin verfügt über Spitzenmedizin. Die Charité ist Deutschlands beste Universitätsklinik. Vivantes ist
993 der größte kommunale Krankenhauskonzern. Wir stärken beide Träger weiter. Ihre Zusammenarbeit
994 bauen wir aus. So entstehen neue Synergien.

995 Wir unterstützen die Charité bei der erfolgreichen Weiterentwicklung in ihren drei Rollen als
996 international renommierte Forschungseinrichtung, als Maximalversorger und als Knotenpunkt für
997 Resilienz. Dafür erhöhen wir den Zuschuss an die Medizinische Fakultät und helfen auch mit eigenen
998 Mitteln bei der Finanzierung erforderlicher Investitionen. Mit dem Bund verhandeln wir über eine
999 weitere Unterstützung im Rahmen der Hauptstadtaufgaben.

1000 Ambulante und wohnortnahe Versorgung

1001 Genauso wichtig wie die Verbesserung der stationären Versorgung ist die Verbesserung der
1002 ambulanten Versorgung. Deshalb sorgen wir für gleiche Qualität in allen Bezirken. Besonders
1003 Randbezirke brauchen bessere haus- und fachärztliche sowie therapeutische Angebote.

- 1004 Für die Versorgungsplanung ist die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Berlin verantwortlich. Sie
1005 bestimmt, wo in Berlin Praxen öffnen dürfen. Wir werden mit der KV daran arbeiten, die sogenannte
1006 Bedarfsplanung zu reformieren, um in allen Bezirken ausreichend Haus- und Facharztsitze sowie
1007 Psychotherapeutenplätze für eine gute Versorgung der Menschen zu schaffen.
- 1008 Wir wollen Arzttermine ohne lange Wartezeiten. Deshalb fordern wir Verbesserungen von Bund und
1009 KV. Das Recht auf einen Facharzttermin in 14 Tagen soll für alle Überweisungen zum Facharzt gelten.
- 1010 Integrierte Gesundheitszentren bündeln Medizin, Pflege und Beratung. Diese wollen wir ausbauen
1011 und für alle Berliner wohnortnah zugänglich machen. Community Health Nurses führen wir in allen
1012 Bezirken ein. Sie bringen Prävention und Pflege direkt in die Kieze. Kombipraxen fördern wir
1013 ebenfalls.
- 1014 Wir richten mehr Notdienstpraxen an weiteren Krankenhäusern ein und bauen die Öffnungszeiten
1015 aus. Das gilt besonders für Kinder und Jugendliche. So bleibt Hilfe rund um die Uhr erreichbar.
- 1016 Der Öffentliche Gesundheitsdienst bleibt eine tragende Säule. Wir stärken ihn personell. Struktur und
1017 Ausstattung verbessern wir weiter.
- 1018 Den Runden Tisch Kindergesundheit führen wir fort.
- 1019 **Psychische Gesundheit und Prävention**
- 1020 Viele psychisch erkrankte Menschen warten lange auf Hilfe. Therapieplätze sind schwer zu finden.
1021 Deshalb entwickelt Berlin einen Masterplan psychische Gesundheit. Er ordnet Hilfen neu. Er soll
1022 Wartezeiten verkürzen und integrierte Angebote schaffen.
- 1023 Wir drängen die KV und den Bund auf Reformen der Bedarfsplanung. Mehr Therapieplätze müssen
1024 entstehen. Wartezeiten sollen sinken.
- 1025 Die Kontakt- und Beratungsstellen bauen wir aus, ebenso die Psychotherapie für Kinder und
1026 Jugendliche nach SGB VIII. Ziel ist eine niedrigschwellige und wohnortnahe Versorgung. Damit
1027 ausreichend ausgebildete Psychotherapeuten zur Verfügung stehen, richten wir
1028 Weiterbildungsstellen im öffentlichen Gesundheitsdienst für die Pflichtweiterbildung ein.
- 1029 Auch die Situation in stationären Einrichtungen verbessern wir. Dazu zählen bedarfsgerechte
1030 Platzzahlen. Das gilt auch für den Maßregelvollzug.
- 1031 **Pflege und würdiges Alter**
- 1032 Die Zahl pflegebedürftiger Menschen wächst. Das fordert unsere Stadt heraus. Alle sollen mit Würde
1033 versorgt werden.
- 1034 Wir stärken deshalb die häusliche Pflege. Dafür richten wir für wohnortnahe Pflege- oder
1035 Sozialstationen ein. Hier erhalten pflegebedürftige Anwohnende aus den umliegenden Häusern ohne
1036 Anfahrtszeiten die benötigten Dienstleistungen. Beratungsstellen, Hausbesuche und
1037 Quartiersangebote bauen wir aus. Kurzzeit- und Verhinderungspflege erweitern wir.
1038 Pflegestützpunkte wollen wir bekannter machen.
- 1039 Mit einem neuen Altenhilfestrukturegesetz machen wir Altenhilfe zur Pflichtaufgabe. So sichern wir
1040 soziale Infrastruktur im Alter.
- 1041 Berlin richtet ein Demenz-Kompetenzzentrum ein.
- 1042 Pflegende Angehörige entlasten wir stärker. Ein neues Pflegenottelefon hilft schnell.

- 1043 Auf Bundesebene kämpfen wir für Tarifbindung und faire Bezahlung in der Pflege. Auch verlässliche
1044 Finanzierung gehört dazu: Die Eigenanteile an der Pflege sollen gedeckelt werden.
- 1045 Digitale Technik und barrierefreies Wohnen fördern Selbstständigkeit. Telepflege soll den Alltag
1046 erleichtern.
- 1047 **Gesundheit für alle – unabhängig von Status und Geschlecht**
- 1048 Das Integrierte Gesundheitsprogramm stärkt bereits heute gezielte Angebote der
1049 Gesundheitsversorgung. Besonders benachteiligte Gruppen profitieren davon.
- 1050 Wir bauen diese Angebote weiter aus und schließen Versorgungslücken.
- 1051 Auch geschlechtersensible und altersspezifische Medizin treiben wir voran. Jede und jeder soll die
1052 beste Behandlung erhalten. Gendermedizin fördern wir in Forschung und Ausbildung.
- 1053 Endometriose, die Millionen Frauen betrifft, bekommt mehr Aufmerksamkeit. Neue
1054 Forschungsschwerpunkte entstehen. Aufklärung bauen wir aus. Auch die Wechseljahre müssen
1055 stärkere Beachtung in Forschung und Gesundheitsversorgung finden.
- 1056 Bei Geburten bleibt die Eins-zu-eins-Betreuung unser Ziel. Wir bauen dazu die Hebammenausbildung
1057 aus. Gemeinsam mit Fachverbänden prüfen wir den Bedarf und richten einen Masterstudiengang für
1058 Hebammen ein. Die praxisnahe Ausbildung stärken wir im Bachelor.
- 1059 Im Bundesrat soll sich Berlin für eine entkriminalisierende, diskriminierungsfreie, gesetzliche
1060 Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs einsetzen. Das Förderprogramm Assistierte
1061 Reproduktion für Paare mit unerfülltem Kinderwunsch legen wir wieder auf.
- 1062 ME-CFS, Long Covid und Post VAC nehmen wir ernst. Forschung und Versorgung müssen besser
1063 werden. Die KV Berlin soll die medizinische ambulante Betreuung sichern.
- 1064 Auch obdachlose und geflüchtete Menschen brauchen medizinische Versorgung. Für uns ist das
1065 selbstverständlich. Die SPD Berlin sichert daher medizinische Not- und Beratungsstellen. Niemand
1066 darf durchs Raster fallen.

1067 **Aufsteigen mit gleichen Chancen**

1068 Wir wollen die familienfreundliche Metropole Berlin. Dafür investieren wir in die Bildung und
1069 Ausbildung unserer Kinder. Denn: Bildung ist der zentrale Schlüssel für Teilhabe in der
1070 Gesellschaft, für ein selbstbestimmtes Leben und für die Stärkung der Demokratie.

1071 Gute Bildung gibt allen eine Chance: Egal, wo sie herkommen, egal, woran sie glauben, egal,
1072 wieviel ihre Eltern verdienen.

1073 In Berlin lernen die Kinder heute schon länger gemeinsam als in vielen anderen
1074 Bundesländern; in Berlin ist die Ganztagesbetreuung heute schon besser ausgebaut als
1075 anderswo. Wir haben viel geschafft. Aber noch lange nicht genug. Jedes Kind bekommt die
1076 beste Sprachförderung, wir investieren in die Qualität und wir stärken die
1077 Lehrkräfteausbildung, damit wir in Zukunft ausreichend Lehrkräfte für unsere Schulen
1078 haben. Bildung hat bei uns absolute Priorität.

1079 Wenn wir Geld in Kitas, Schulen, Hochschulen stecken, dann investieren wir in die Zukunft.
1080 Denn wir wissen: Nur wer mitreden kann, kann auch mitmachen in der Demokratie.

1081 Wir investieren auch weiterhin in Berlins Wissenschaft und Forschung - in gute Lehre und
1082 Studienbedingungen, in gute Arbeit an unseren Hochschulen und in unsere
1083 außeruniversitären Institute. Berlin ist Deutschlands größter Hochschul- und
1084 Forschungsstandort. Die Stärke, die aus ihm erwächst, ist unverzichtbare Grundlage für die
1085 Entwicklung unserer Stadt, ihrer Innovationsfähigkeit und Wirtschaftskraft. Wir bauen den
1086 Standort weiter aus, stärken die Zusammenarbeit und investieren in die Sanierung unserer
1087 Gebäude mit einer Hochschulbaugesellschaft.

1088 **Frühkindliche Bildung, Kinder und Jugend, Familie**

1089 **Ausreichend Ressourcen für die Kleinsten**

1090 Wir schätzen die Vielfalt der Berliner Familien und geben allen den passenden Raum zur Entfaltung.
1091 Damit das gelingt, brauchen Familien ausreichende Ressourcen – und Jugendämter, die als starke
1092 Partner an ihrer Seite stehen.

1093 Die Hilfen zur Erziehung sind ein wichtiger Baustein des Kinderschutzes. Deshalb setzen wir uns dafür
1094 ein, die Bezirke hier finanziell besser auszustatten. Um Familien von Beginn an zu unterstützen und
1095 möglichst viele zu erreichen, weiten wir die Modellprojekte zur sozialen Beratung in
1096 Kinderarztpraxen aus.

1097 **Bessere Betreuung in den Kitas**

1098 Frühkindliche Bildung ist der Schlüssel für die gesamte Bildungsbiografie. Wir verbessern deshalb den
1099 Betreuungsschlüssel in den Kitas weiter – spürbar im Alltag. Für Fachkräfte und für Kinder. Den
1100 besseren Schlüssel im U3-Bereich sichern wir dauerhaft. Im Ü3-Bereich senken wir ihn deutlich.
1101 Künftig berechnen wir den Schlüssel nur nach dem Personal, das tatsächlich vor Ort ist. Urlaub,
1102 Krankheit oder Fortbildung zählen nicht mit. So schaffen wir mehr Zeit für frühkindliche Bildung und

1103 individuelle Förderung. Integrationskitas stärken wir durch zusätzliche Verbesserungen des
1104 Betreuungsschlüssels. Kita-Sozialarbeit setzen wir gezielt dort ein, wo sie besonders gebraucht wird.

1105 Der Kita-Gutschein soll für den ohnehin geltenden Rechtsanspruch (5-7 Stunden) zum 1. Geburtstag
1106 des Kindes antragslos automatisch zugestellt werden. In allen Kitas sollen neben Sprachförderung
1107 auch musikalische Früherziehung und motorische Förderung angeboten werden.

1108 Die SPD steht fest zu den Kita-Eigenbetrieben des Landes Berlin. Sie sichern die Daseinsvorsorge in
1109 der Grundstruktur. Wir stabilisieren ihre Finanzierung durch zusätzliche Investitionsmittel und
1110 berücksichtigen dabei schwankende Geburtenraten. Einer Anpassung des Eigenbetriebsgesetzes
1111 stehen wir offen gegenüber.

1112 Eine gute Vorbereitung auf die Einschulung

1113 Der Übergang von der Kita in die Schule ist für viele Familien eine anspruchsvolle Phase. Wir setzen
1114 alles daran, dass das verpflichtende letzte Kita-Jahr endlich berlinweit ohne Wenn und Aber
1115 umgesetzt wird. Jedes Kind soll beim Schuleintritt die Voraussetzungen mitbringen, dem Unterricht
1116 in einer passenden Geschwindigkeit folgen zu können.

1117 Bei Bedarf unterstützen wir Kitas mit Sprachkursen für Kinder mit Sprachdefiziten.

1118 Weil Familien in dieser Zeit besonders viel leisten, bauen wir die Familientreffpunkte aus. Schulen
1119 ermutigen wir, sich für Elterncafés zu öffnen und Schule stärker als gemeinsamen Erziehungsraum zu
1120 begreifen.

1121 Gesundheit fängt in Kita und Schule an

1122 Gute Ernährung beginnt früh. Wir verankern Ernährungsbildung bereits in der Kita, stärken gesundes
1123 und kostenfreies Essen in der Gemeinschaftsverpflegung und setzen die Berliner Ernährungsstrategie
1124 mit diesen Schwerpunkten konsequent fort.

1125 Wir setzen uns dafür ein, dass Angebote zur Zahnhygiene konsequent in Kitas umgesetzt werden und
1126 starten eine Offensive für Zahngesundheit.

1127 Spielplätze als Orte für Familien

1128 Berlins Grünflächen und Spielplätze sind soziale Oasen für Kinder und Familien. Wir schützen diese
1129 Orte und verstärken die Spielplatzsanierungsprogramme, damit gute Spielplätze überall in Berlin zum
1130 verlässlichen Standard werden. Wo immer möglich, sollen Familien und Kinder weiterhin bei der
1131 Gestaltung mitreden können. Wir stärken die bezirklichen Spielplatzkommissionen.

1132 Eine Stadt für Kinder und Jugendliche

1133 Kinder und Jugendliche brauchen Räume, die ihnen gehören. In Kinder- und
1134 Jugendfreizeiteinrichtungen bestimmen sie mit, was passiert, und erleben einen Ort, an dem sie nicht
1135 bewertet werden. Wir setzen uns für den Ausbau der Kinder- und Jugendfreizeitangebote ein. Diese
1136 Orte sind zugleich Schutzräume, etwa für queere Jugendliche (→ siehe Kapitel [Queeres Berlin](#)). Auch
1137 im öffentlichen Raum schaffen wir mehr Treffpunkte für Jugendliche mit und ohne
1138 Beeinträchtigungen, die entsprechend ihren Wünschen und Bedürfnissen gestaltet werden. Hierfür
1139 schaffen wir die finanziellen und personellen Voraussetzungen in den Bezirken. An diesen
1140 „JugendOrten“ können sie sich aufhalten, ohne Geld zahlen zu müssen. Wir schützen junge
1141 Menschen zudem vor Verdrängung aus dem öffentlichen Raum, in dem wir die gesetzlichen
1142 Vorgaben zum Lärmschutz anpassen. Gesellschaftliche Krisen und die Nachwehen der Corona-

1143 Pandemie stellen junge Menschen heute vor vielfältige Herausforderungen, die bei vielen zu
1144 mentalen Problemen führen. Wir bauen niedrigschwellige Anlaufstellen für Jugendliche in seelischen
1145 Krisen aus, die das Regelsystem ergänzen, solange dieses nicht ausreichend Angebote für den
1146 tatsächlichen Bedarf vorhält. Den Zugang zu kulturellen Angeboten sichern wir für alle jungen
1147 Menschen – unabhängig von ihrem Elternhaus. Mit der „Jugendkulturkarte“ führen wir das 50-Euro-
1148 Kulturguthaben pro Jahr für alle Berliner*innen zwischen 18 und 23 Jahren wieder ein. Wir stärken
1149 die Arbeit der Kinder- und Jugendverbände in ihrer ganzen Vielfalt. Jugend- und Sportangebote
1150 sichern wir konsequent und entwickeln sie zu inklusiven Räumen weiter. Beteiligung von jungen
1151 Menschen verbessern

1152 Demokratieförderung und Partizipation müssen Kinder von klein auf erleben. In vielen Kitas ist das
1153 bereits gelebter Alltag: Kinder gestalten mit und lernen Verantwortung. Auch in der Schule bauen wir
1154 Mitbestimmung weiter aus (→ siehe Kapitel [Berliner Schulen sind demokratisch](#)).

1155 Junge Menschen übernehmen Verantwortung – oft im Ehrenamt. Das stärkt sie und unsere
1156 Demokratie. In vielen Bezirken haben sich Kinder- und Jugendparlamente und Beteiligungsstrukturen
1157 entwickelt. Wir begrüßen das und richten in der nächsten Legislaturperiode ein Kinder- und
1158 Jugendparlament auf Landesebene ein.

1159 Schule, berufliche Bildung, lebenslanges Lernen

1160 Das Aufstiegsversprechen an Berliner Schulen erneuern

1161 Unser Bildungssystem bringt heute deutlich mehr Kinder an die Universitäten als früher. Trotzdem
1162 entscheidet noch immer zu oft die Herkunft über den Bildungsweg. Soziale Lage und
1163 Migrationsgeschichte bestimmen weiterhin den Bildungsweg eines Kindes mit. Deshalb erneuern wir
1164 das Aufstiegsversprechen in Berlin.

1165 Egal ob Gymnasium, Integrierte Sekundarschule oder Gemeinschaftsschule: An jedem Standort sollen
1166 alle Abschlüsse ohne Schulwechsel möglich sein – bis hin zum Abitur. Dafür soll jede Schule allein
1167 oder im Verbund eine gymnasiale Oberstufe anbieten.

1168 Wir stärken das gemeinsame Lernen in der sechsjährigen Grundschule und in der
1169 Gemeinschaftsschule. Die Zahl der Gemeinschaftsschulen verdoppeln wir. Eine Ausweitung
1170 grundständiger Gymnasien lehnen wir ab. Zugleich sichern wir die soziale Offenheit der Gymnasien,
1171 indem wir das Aufnahmeverfahren beim Notendurchschnitt, den einbezogenen Fächern und der
1172 wissenschaftlichen Belastbarkeit des Eignungstests anpassen und diese Regeln auf grundständige
1173 Gymnasien übertragen.

1174 Auch grundständige Gymnasien stärken wir gezielt in ihrer inklusiven und integrativen Arbeit. Sie
1175 sollen sonderpädagogische Förderung ebenso leisten können wie Begabtenförderung.

1176 Auch an Privatschulen fördern wir soziale Durchlässigkeit und Bildungsgerechtigkeit. Freien Schulen,
1177 die wie öffentliche Schulen arbeiten, ermöglichen wir eine Vollfinanzierung. In der nächsten
1178 Wahlperiode wollen wir nachweisbar erreichen, dass Bildungserfolg sich stärker von sozialer
1179 Herkunft entkoppelt.

1180 Inklusive Schulen ausbauen

1181 Wir bauen inklusive Schwerpunktschulen aus. An anderen Standorten bringen wir Inklusion voran,
1182 indem wir pädagogische Unterrichtshilfen stärken und temporäre Kleinklassen ermöglichen.

1183 Gleichzeitig würdigen wir die wichtige Arbeit der sonderpädagogischen Förderzentren. Sie bleiben
1184 ein qualitativ hochwertiges Angebot für Kinder, die nicht an einer inklusiven Regelschule lernen
1185 können oder wollen.

1186 Eigenständige und datenbasierte Schulen

1187 Berliner Schulen sollen eigenständig handeln können: pädagogisch, in der Personalführung und beim
1188 Einsatz ihrer Mittel. Gleichzeitig stärken wir ihre datenbasierte Arbeit. Wir orientieren uns stärker an
1189 transparent erhobenen Bildungs- und Entwicklungsdaten, die einen ganzheitlichen Blick ermöglichen
1190 – von sprachlichen und mathematischen Grundkompetenzen über soziale Entwicklung bis hin zu
1191 Abschlussquoten, Teilhabechancen und der demokratischen Kultur der Schulgemeinschaft.

1192 Dafür entwickeln wir Schulaufsicht und Unterrichtsentwicklung weiter.

1193 Ganzheitliche und ganztägige Schulen

1194 Nicht alles läuft gut in Berliner Schulen. Aber wir als Sozialdemokratie haben viel geschaffen, auf das
1195 wir stolz sind. Berliner Kinder lernen länger gemeinsam als in vielen Bundesländern. Wir haben die
1196 Ganztagsbetreuung ausgebaut, ein kostenloses Mittagessen eingeführt, Lehr- und Lernmittelfreiheit
1197 weitgehend umgesetzt und ein kostenloses Schüler*innenticket für ganz Berlin ab der ersten Klasse
1198 ermöglicht.

1199 Schule soll fürs Leben stärken. Deshalb verschlanken wir Rahmenlehrpläne und flexibilisieren die
1200 Stundentafel. Weitere Fächer führen wir nicht ein. Wir verzahnen Unterricht und
1201 außerunterrichtliche Angebote enger und bauen dafür den Flex-Ganztags an Grundschulen bis
1202 einschließlich Klasse 6 aus.

1203 Kooperationen mit Sportvereinen (→ siehe Kapitel [Sport ist wichtig für Kinder und Jugendliche](#)),
1204 Musikschulen und außerschulischen Lernorten stärken wir weiter, besonders mit
1205 Gartenarbeitsschulen, Jugendverkehrsschulen und Jugendkunstschulen.

1206 Nach Hamburger Vorbild unterstützen wir Auslandsaufenthalte gezielt nach sozialen Kriterien. Und
1207 wir stehen dafür, dass jedes Kind auch künftig die Unterrichtsmaterialien kostenlos erhält, die es
1208 braucht.

1209 Schule ohne Diskriminierung und Rassismus

1210 Wir sichern einen Schulalltag, in dem Kinder sich einbringen können und geschützt sind. Mobbing,
1211 Diskriminierung und gruppenfeindliches Verhalten müssen wir erkennen und bekämpfen. Jede
1212 Schule soll künftig ein Anti-Mobbing-Team haben. Queere Jugendliche stärken wir (→ siehe Kapitel
1213 [Queeres Berlin](#)).

1214 Bildung muss diskriminierungsfrei sein. Deshalb setzen wir uns für eine queer-, rassismus- und
1215 kolonialsensible Überarbeitung von Rahmenlehrplan, Schulcurricula sowie Lehr- und Lernmaterialien
1216 ein. Fortbildungen zu Diskriminierung, Rassismus und Postkolonialismus stärken wir. In die
1217 Ausbildung pädagogischer Fachkräfte integrieren wir verpflichtend diskriminierungskritische Module
1218 – in allen Entwicklungsstufen.

1219 Eine unabhängige Beschwerdestelle für Schulen und Kitas siedeln wir beim Parlament an (→ siehe
1220 Kapitel [Vielfalt leben – Diskriminierung bekämpfen](#)).

1221 Berliner Schulen sind demokratisch

1222 Schülerinnen begegnen den Feinden der Demokratie heute früher und direkter – oft über soziale
1223 Medien. Umso wichtiger ist es, ihre Demokratiefähigkeit zu stärken. Das tun wir erstens, indem wir
1224 zentrale Schulfächer stärken. Zweitens bauen wir Mitbestimmung aus. Drittens vertiefen wir die
1225 Zusammenarbeit mit außerschulischen Partner*innen.

1226 Die Schulfächer Politik und Ethik sind für Demokratiebildung gleichermaßen zentral. Deshalb bleiben
1227 sie unangetastet. Ein Wahlmodell zwischen Ethik oder Religion lehnen wir ab. Empathie, Mitgefühl
1228 und die Fähigkeit zum Kompromiss wollen wir gezielt fördern. Dafür führen wir in einem
1229 Wahlpflichtfach das Thema Empathie ein.

1230 Den wöchentlichen Klassenrat stärken wir als Instrument für Diskussion, demokratische Praxis und
1231 Konfliktlösung.

1232 Mitbestimmung bauen wir ab Klasse 1 aus. Wir messen den Demokratisierungsgrad der Schulen und
1233 führen freie Mittel für Demokratisierungsprojekte wieder in das Bonusprogramm ein. Den
1234 Mitteleinsatz steuern wir stärker über Schulverträge und machen Erfolge messbar.

1235 Träger außerschulischer Bildung – von kultureller Bildung über Antidiskriminierung bis
1236 Demokratiebildung und queere Bildung – sind unverzichtbare Partner. Im Demokratiefördergesetz
1237 (→ siehe Kapitel [Die Demokratie stärken](#)) schaffen wir Verlässlichkeit in der Finanzierung und bessere
1238 Abstimmung zwischen Projekten und Schulen. Die Unabhängigkeit der Landeszentrale für politische
1239 Bildung stärken wir, indem wir sie beim Parlament ansiedeln.

1240 Digitale Bildung und Handynutzung

1241 Wir fördern die Kompetenzen der Schüler*innen im Umgang mit der digitalen Welt und entwickeln
1242 einen neuen Rahmenlehrplan Digitales. Er soll digitale Bildung als Querschnittskompetenz in allen
1243 Fächern und Jahrgangsstufen verankern. Schon in der Grundschule sollen Kinder Technikverständnis,
1244 Social Media, die Themen Cybersicherheit, Cybermobbing, Gaming und Desinformation
1245 kennenlernen.

1246 Wir begleiten Schulen bei einer kritischen Auseinandersetzung mit Handy- und Social-Media-
1247 Nutzung. Für besseren Gesundheits- und Kinderschutz setzen wir ein Handyverbot an allen
1248 Grundschulen durch.

1249 Den Digitalpakt Schule setzen wir unbürokratisch um. Wir etablieren eigene IT-Budgets für Schulen
1250 und entwickeln ein sozialverträgliches Modell „Endgerät-als-Service“ für Schüler*innen.

1251 Berliner Schulen sind Orte guter Arbeit

1252 Lehrkräfte sollen eine transparente und praktikable Arbeitszeiterfassung für unterrichtliche und
1253 außerunterrichtliche Tätigkeiten erhalten – von Gremienarbeit über Elternarbeit bis Verwaltung.
1254 Lehrkräfte in herausfordernden Lagen entlasten wir gezielt. Wir bekennen uns zur Verteilung von
1255 Pädagog*innen anhand sozialer Indikatoren. Wir werden die Anerkennung und Gleichstellung der
1256 wertvollen Berufserfahrung von Lehrkräften mit internationalen Qualifikationen erleichtern.

1257 Nichtpädagogisches Personal bauen wir aus – Verwaltungsleitungen, IT-Personal und Hausmeister.
1258 So können Pädagog*innen sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren.

1259 Die mentale Gesundheit aller Beteiligten stärken wir, unter anderem durch mehr
1260 multiprofessionelles Personal, insbesondere Schulpsychologie und Gesundheitsfachkräfte.

1261 Stufenweise führen wir ein Landesprogramm Schulstationen ein und stellen sicher, dass jede Schule
1262 mindestens eine Schulsozialarbeiterstelle hat. Schulen sollen weiterhin Erzieher*innen direkt im
1263 Landesdienst einstellen können; zugleich achten wir auf eine ausgewogene Mischung gegenüber
1264 freien Trägern.

1265 Eine wissenschaftlich fundierte Lehrkräftebildung priorisiert praxisorientierte Professionalisierung
1266 gegenüber reiner Fachlichkeit. In diesem Sinne stärken wir die Schools of Education als zentrale
1267 Struktur der Lehrkräftebildung.

1268 Die Schulbauoffensive fortsetzen

1269 Seit Beginn der Schulbauoffensive haben wir durch Erweiterungen und Neubauten deutlich über
1270 30.000 Schulplätze geschaffen. Wir setzen diese Offensive in gleicher Intensität fort und verlagern
1271 den Schwerpunkt stärker auf Sanierungen der Bestandsgebäude.

1272 Durch eine Anhebung des Kreditdeckels der HOWOGE sichern wir die öffentliche Finanzierung.
1273 Pädagogische Qualität, Klimaresilienz und Barrierefreiheit bleiben Leitlinien. Public-Private-
1274 Partnerships im Schulbau lehnen wir ab – unabhängig davon, ob Schulplätze für öffentliche oder freie
1275 Schulen entstehen.

1276 Berufliche Bildung – stark, zukunftsfähig, gerecht

1277 Wir stärken und modernisieren die berufliche Bildung in Berlin. Das 11. Pflichtschuljahr entwickeln
1278 wir weiter, damit es besser zu den Bedürfnissen der Jugendlichen und den Anforderungen
1279 beruflicher Bildung passt. Gleichzeitig stärken wir die Integrierte Berufsausbildungsvorbereitung
1280 (IBA), damit junge Menschen ohne Abschluss einen erfolgreichen Einstieg finden.

1281 Jugendberufsagentur und Jugendberufshilfe entwickeln wir weiter, damit alle Jugendlichen Anschluss
1282 und Abschluss erreichen. Berufsorientierung beginnt ab der Grundschule. Deshalb bauen wir BSO-
1283 Teams aus und fördern die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Wirtschaft, um die duale
1284 Ausbildung sichtbar zu machen.

1285 Wir setzen einen Schulentwicklungsplan für berufliche Schulen um. Ein Landesinstitut für berufliche
1286 Schulen steuert Qualität und Weiterentwicklung.

1287 Erwachsenenbildung

1288 Bildung endet nicht mit dem Abschluss. Sie bleibt Teil des gesamten Lebenswegs. Deshalb gestalten
1289 wir den Zweiten Bildungsweg und das lebenslange Lernen zugänglich, bezahlbar und lebensnah. Wir
1290 werben stärker für Volkshochschulen, Bibliotheken und Schulen des Zweiten Bildungswegs und
1291 setzen uns für niedrige oder gebührenfreie Angebote, Förderungen und bessere
1292 Rahmenbedingungen ein (→ siehe Kapitel [Bezirkliche Kulturarbeit und Bibliotheken](#)).

1293 Wir fördern Digitalisierung in der Erwachsenenbildung, setzen aber ebenso auf wohnortnahe
1294 Begegnungsorte. Besonders für mobilitätseingeschränkte Menschen testen wir neue Modelle
1295 aufsuchender Bildungsarbeit.

1296 Gute Arbeitsbedingungen in der Erwachsenenbildung sichern wir mit einem Dreisäulenmodell aus
1297 Festangestellten, arbeitnehmerähnlich Beschäftigten und Honorarkräften.

1298 Hochschule, Wissenschaft, Forschung

1299 Berlin als Wissenschaftsmetropole

1300 Berlin ist eine pulsierende Weltstadt, die Freiheit und Offenheit verteidigt. Während anderswo
1301 Wissenschaft unter Druck gerät, sollen Forscherinnen und Studierende hier optimale Bedingungen
1302 finden. Statt Studienplätze zu kürzen, erhalten wir die vorhandenen Plätze an unseren Hochschulen,
1303 gewinnen internationale Spitzenforscher*innen und schaffen weitere sichtbare nationale
1304 Leuchttürme. Wissenschaft macht Berlin zum Motor für Innovation und wirtschaftlichen Erfolg.

1305 Spitzenleistungen durch mehr Kooperation

1306 Berlins Wissenschaft erbringt schon heute Spitzenleistungen in vielen Disziplinen. Dazu tragen unsere
1307 Universitäten und die Charité bei, ebenso die Einstein-Stiftung, Kunsthochschulen, Hochschulen für
1308 angewandte Wissenschaften und außeruniversitäre Institute.

1309 Wir setzen weiter auf den Berliner Weg der institutionsübergreifenden Kooperation. Die Berlin
1310 University Alliance und Berlin Research zeigen, wie das gelingt. Dieses Potenzial stärken wir und
1311 machen Berlin auf dieser Basis zu einem Reallabor für positive Zukunftsentwicklungen.

1312 Sicherung der Hochschul- und Wissenschaftsfinanzierung

1313 Wir fördern den Wissenschaftsstandort mit einer finanziell hinterlegten forschungspolitischen
1314 Strategie. Die Hochschulfinanzierung gestalten wir stabil und verlässlich, analog zum Pakt für
1315 Forschung und Innovation (PFI). Spitzenforschung und Spitzenberufungen stärken wir über die
1316 Einstein-Stiftung auch im internationalen Wettbewerb.

1317 Wissenschaftsgebäude sanieren, modernisieren und bauen wir neu – über eine vom Land
1318 ausfinanzierte Hochschulbaugesellschaft.

1319 Wir unterstützen Berliner Wissenschaftseinrichtungen dabei, an nationalen und europäischen
1320 Programmen mitzuwirken: an der nationalen Dekade gegen postinfektiöse Erkrankungen, an
1321 Schlüsseltechnologien der High-Tech-Agenda von KI bis Quanten- und Biotechnologie sowie an
1322 Gesundheits- und Sicherheitsforschung. Forschungssicherheit treiben wir entschieden voran.

1323 Forschungs- und Wissenstransfer verbessern

1324 Auch die beste Idee verändert die Welt nicht, wenn sie im Labor bleibt. Deshalb stärken wir Transfer
1325 und den Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft. Wir fördern den Austausch zwischen
1326 Wissenschaftlerinnen und Bürgerinnen und bauen Wissenschaftskommunikation über Formate wie
1327 Lange Nacht der Wissenschaften, Berlin Science Week, Falling Walls Summit und World Health
1328 Summit weiter aus – in der Stadt und weltweit.

1329 Mit einem einheitlichen Berliner IP-Rahmen vereinfachen wir Ausgründungen, stärken Transfer
1330 Offices und schaffen klare Regeln, damit Einrichtungen von erfolgreichen Gründungen profitieren
1331 können. Gemeinsam mit den Hochschulen verankern wir Transferleistungen messbar in der
1332 Bewertung wissenschaftlicher Karrieren und ermöglichen Gründungs- und Transferfreisemester.

1333 JUNI als Startup Factory und weitere Maßnahmen zur internationalen Kooperation, Finanzierung und
1334 Zusammenarbeit mit etablierten Unternehmen stärken wir. Gemeinschaftsinitiativen von
1335 Wissenschaft und Wirtschaft fördern wir, etwa das Berlin Center for Gene and Cell Therapies oder
1336 das Werner von Siemens Centre for Industry and Science.

1337 Ein bezahlbares Leben für Studierende

1338 Gute Studienbedingungen sind die Grundlage erfolgreicher Wissenschaft. Berlin soll ein attraktiver
1339 Studienort für alle bleiben. Besonders unterstützen wir junge Menschen ohne akademischen
1340 Hintergrund durch Beratung, Orientierung und Mentoring. Dafür schaffen wir zentrale Anlaufstellen
1341 (One-Stop-Agencies) sowie barrierefreie digitale Angebote.

1342 Das Studium an staatlichen Hochschulen bleibt gebührenfrei. Trotzdem bleibt die Finanzierung
1343 schwierig, weil das BAföG für Berlin zu niedrig ist. Wir setzen uns deshalb im Bund für eine Erhöhung
1344 ein, insbesondere für eine ortsabhängige Wohnkostenpauschale.

1345 Bezahlbaren Wohnraum für Studierende bauen wir aus und verdoppeln die Quote an
1346 Studierendenwohnungen. Und weil Mobilität ebenso zum studentischen Alltag gehört, setzen wir
1347 uns für ein weiterhin erschwingliches Deutschland-Semesterticket ein und wollen künftig auch
1348 Leihfahrräder integrieren.

1349 Das Studierendenwerk Berlin unterstützen wir weiter: Wir nutzen das Instrument des
1350 Rahmenvertrags und erhöhen den Zuschuss im nächsten Vertrag deutlich. Kostensteigerungen
1351 dürfen nicht auf dem Rücken der Studierenden landen.

1352 Moderne Studienbedingungen schaffen

1353 Weil viele Studierende erwerbstätig sind, müssen Studienstrukturen stärker darauf reagieren. Wir
1354 bauen berufsbegleitende, hybride und duale Angebote aus, um Belastungen zu senken und
1355 Studienerfolg zu fördern.

1356 Studium soll forschungs- und kompetenzorientiert sein. Dafür verbessern wir Betreuungsschlüssel,
1357 flexibilisieren Lehrverpflichtungen und stärken Hochschuldidaktik. Das Berliner Zentrum für
1358 Hochschuldidaktik sowie hochschuleigene und -übergreifende Einrichtungen evaluieren wir
1359 systematisch und entwickeln sie weiter.

1360 Weiterbildung ist durch das Beihilferecht weitgehend als marktförmige Aufgabe definiert. Das reicht
1361 nicht. Angesichts demografischen Wandels und der Umbrüche durch KI müssen Hochschulen stärker
1362 in Weiterbildung einsteigen. Gerade Menschen im mittleren und niedrigen Lohnsegment dürfen wir
1363 nicht allein privaten Anbietern überlassen. Deshalb definieren wir akademische Weiterbildung
1364 künftig auch als hoheitliche Aufgabe der Hochschulen.

1365 Gute Arbeitsbedingungen an den Hochschulen

1366 Gute Arbeit bleibt Priorität. Das Forum Gute Arbeit führen wir fort. Wir schaffen frühzeitiger
1367 Perspektiven und mehr dauerhafte Stellen für wissenschaftliches Personal. Unbefristete
1368 Beschäftigung für promovierte Wissenschaftler*innen machen wir zum Regelfall. Über den
1369 Bundesrat treiben wir die Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes voran – auch im Lichte des
1370 Bundesverfassungsgerichtsurteils. Tenure-Track-Professuren bauen wir aus.

1371 Demokratische Hochschulen sind frei, offen und divers

1372 Wir akzeptieren nicht, dass jüdische Hochschulangehörige unsere Hochschulen als unsichere Orte
1373 erleben. Wir gehen entschlossen gegen Antisemitismus, Rassismus, Diskriminierung und jede
1374 menschenverachtende Ideologie vor und stärken Prävention.

- 1375 Wir garantieren Wissenschaftsfreiheit. Politische Agitation, die Antisemitismus oder Rassismus
1376 verbreitet, dulden wir nicht. Wir unterstützen Hochschulen darin, im Rahmen ihrer Autonomie
1377 konsequent dagegen vorzugehen.
- 1378 Antidiskriminierungsangebote und Schutz vor Machtmissbrauch bauen wir aus und schaffen
1379 ausreichende Beschwerdestrukturen. Maßnahmen für Gleichstellung und Diversität sichern und
1380 erweitern wir. Am Berliner Chancengleichheitsprogramm halten wir fest und ergänzen es durch eine
1381 zusätzliche Förderlinie für Diversität auf Professur-Stellen und in Leitungspositionen.
- 1382 Wir verbessern außerdem die Rahmenbedingungen für Studierende mit Behinderungen oder
1383 Beeinträchtigungen und für Studierende ohne akademischen Hintergrund. Für Studierende aus
1384 Familien mit Flucht- und Migrationsgeschichte ist besonders die Studieneingangsphase sensibel.
1385 Deshalb erproben wir flexiblere Einstiegsmodelle mit Sprach- und Brückenkursen sowie
1386 studienvorbereitenden Angeboten, verbunden mit einer BAföG-fähigen Verlängerung. Mentoring-
1387 und Trägerprogramme stärken wir, damit mehr junge Menschen aus Nicht-Akademikerfamilien
1388 erfolgreich ins Studium finden.
- 1389 Wir unterstützen die Einrichtung eines Lehrstuhls für alevitische Theologie zur Ausbildung von
1390 Lehrkräften für den alevitischen Religionsunterricht und alevitischen Geistlichen.

1391 Zusammenhalten - ganz Berlin eine 1392 Familie

1393 Berlin sind wir alle, Berlin ist für alle da. Egal, wieviel wir verdienen. Egal, woher wir
1394 kommen, woran wir glauben, wie wir aussehen, wen wir lieben. Mit dieser Vielfalt vereint
1395 Berlin Lebensrealitäten, die woanders unversöhnliche Widersprüche wären. Berlin ist trotz
1396 seiner Widersprüche lebenswert, wenn wir uns unterhaken. Nicht nebeneinander existieren,
1397 sondern Verantwortung füreinander übernehmen. Egal wie verschieden wir sind, auch wenn
1398 wir uns nicht immer einig sind: Berlin ist die Familie, die man wählen kann.

1399 Der Kiez ist die Keimzelle dieser Familie: Verantwortung und Solidarität beginnen nebenan,
1400 beim Nachbarn. Das müssen wir als Stadt mit der richtigen Planung unterstützen: Offene
1401 Flächen, Bäder, Bibliotheken und Spielplätze. Mit vibrierender Kultur und vielfältigen
1402 Sportangeboten schaffen wir Begegnungsorte - für alle.

1403 Berlin ist Hauptstadt der Würde und der Selbstbestimmung – und bis 2030 werden wir auch
1404 eine Stadt ohne Obdachlosigkeit.

1405 Zusammenleben, Familie und Gleichstellung

1406 Sozialer Zusammenhalt entsteht im Kiez

1407 Starke und lebendige Kieze halten Berlin zusammen. Sie machen aus der Weltstadt zugleich einen Ort
1408 der Heimat. Deshalb stärken wir Stadtteilzentren und mobile Stadtteilarbeit. In jedem Bezirk sollen
1409 neue Orte der Begegnung entstehen.

1410 Dazu brauchen die lebendigen Kieze brauchen gute öffentliche Angebote. Dazu zählen
1411 Schwimmbäder (→ siehe Kapitel [Investitionen in Vereine und Sportstätten](#)), Bibliotheken (→ siehe
1412 Kapitel [Bezirkliche Kulturarbeit und Bibliotheken](#)) sowie Grünflächen und Spielplätze (→ siehe Kapitel
1413 [Spielplätze als Orte für Familien](#)). Mit Kiezkantinen schaffen wir wohnortnahe, bezahlbare und
1414 qualitativ hochwertige Angebote, die allen Berliner*innen Zugang zu gesunder und nachhaltiger
1415 Ernährung ermöglichen. Auch die stadtteileigene Infrastruktur bauen wir aus.

1416 Wir öffnen Schulen stärker für den Kiez. Nachmittags sollen dort mehr externe Angebote stattfinden.
1417 Familienzentren verknüpfen wir enger mit Schulen. Schulhöfe öffnen wir auch am Wochenende (→
1418 siehe Kapitel [Schule, berufliche Bildung, lebenslanges Lernen](#)).

1419 Mit einem regelmäßigen stadtweiten „Berlin Day“ fördern wir gezielt Gemeinschaft in unseren
1420 Kiezen und brechen Großstadtanonymität auf. Nachbarschaften kommen zusammen, um sich vor Ort
1421 für die Belange ihres Kiezes und seiner Bewohner*innen zu engagieren.

1422 Alleinerziehende und Eltern besser unterstützen

1423 Wir wollen flexible Arbeitsmodelle und bedarfsgerechte Kinderbetreuung (→ siehe Kapitel
1424 [Frühkindliche Bildung, Kinder und Jugend, Familie](#)). Damit Familie und Beruf immer besser vereinbar
1425 werden.

1426 Alleinerziehende stehen dabei für uns im Mittelpunkt – nicht am Rand. Deshalb schaffen wir
1427 vergünstigte Ein-Eltern-Tickets für Alleinerziehende bei Landesinstitutionen. Wir bauen
1428 Beratungsstellen aus und stärken das Netzwerk für Alleinerziehende. Finanzielle Hilfen und
1429 Mobilitätsangebote – etwa ein günstigeres Sozialticket – weiten wir dazu gezielt aus.

1430 Berlin als lebendige Familienstadt

1431 Für uns ist Familie vielfältig. Unsere Politik trägt dieser Realität Rechnung. Ein-Eltern-, Patchwork-,
1432 Regenbogen- und klassische Familien – sie alle gehören zu Berlin.

1433 Den Familienpass wollen wir ausbauen und so allen Familien in Berlin den Zugang zu den tausenden
1434 von Angeboten, Freizeitaktivitäten und Ferienprogrammen in Berlin erleichtern.

1435 Auch im Bund treiben wir Reformen voran, denn gerechte Familienpolitik endet nicht an der
1436 Landesgrenze. Wir kämpfen für ein modernes Familienrecht in ganz Deutschland und stehen für
1437 gerechte Sozialpolitik. Den Unterhaltsvorschuss etwa passen wir an die heutige Lebensrealität an.

1438 Ein Paritätsgesetz für echte Gleichstellung

1439 Alle Geschlechter verdienen gleiche Chancen. In Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Dafür steht die
1440 SPD Berlin. Deshalb führen wir ein Berliner Paritätsgesetz ein. Frauen und Männer sollen im
1441 Abgeordnetenhaus künftig gleich stark vertreten sein.

1442 Auch auf Bundesebene machen wir entsprechend Druck. Im Bundesrat kämpfen wir für eine
1443 paritätische Wahlrechtsreform.

1444 Wir selbst besetzen Ämter und Funktionen in Senat, Verwaltung, Fraktion, Aufsichtsräten und
1445 landeseigenen Unternehmen paritätisch.

1446 Schwung für Frauenförderung und Gleichstellung

1447 Wir modernisieren Gleichstellungspolitik. Dafür passen wir das Landesgleichstellungsgesetz an neue
1448 Herausforderungen an. Wir sichern wirksame Gleichstellungspolitik, indem wir insbesondere die
1449 Rechte der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten stärken. Das gleichstellungspolitische
1450 Rahmenprogramm und den Frauenpolitischen Beirat bauen wir aus. Projekte sichern wir in allen
1451 Bereichen und finanzieren sie bedarfsorientiert. Das Gender Budgeting für den Berliner
1452 Landeshaushalt führen wir fort und verankern intersektionale Gleichstellungspolitik als
1453 Querschnittsaufgabe in allen unseren Gesetzen. Vielfältiges Berlin, Antidiskriminierung und Inklusion

1454 Vielfalt leben – Diskriminierung bekämpfen

1455 Berlin lebt von seiner Vielfalt. Menschen unterschiedlichster Herkunft, Religionen, unterschiedlichen
1456 Alters und sexueller Orientierungen prägen unsere Stadt. Diese Vielfalt macht Berlin stark. Und wir
1457 schützen sie – durch unseren Einsatz für Chancengleichheit, Demokratie und Respekt.
1458 Diskriminierung hat in unserer Stadt keinen Platz.

1459 Die Berliner Verwaltung muss hier vorangehen. Die Ombudsstelle des
1460 Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG) statten wir deshalb mit mehr Rechten aus. Dazu zählen
1461 Initiativ- und Befragungsrechte sowie eine Berichtspflicht. Eine unabhängige Beschwerdestelle Schule
1462 ergänzt den Schutz im Bildungsbereich (→ siehe Kapitel [Schule ohne Diskriminierung und Rassismus](#)).

1463 Neue Gesetze prüfen wir künftig auf LADG-Konformität. Die Landesstelle für Gleichbehandlung –
1464 gegen Diskriminierung (LADS) binden wir frühzeitig ein. Wir bauen Beratungsstellen aus. Gleichzeitig

1465 stärken wir das Diversity-Landesprogramm. So bekämpft die Verwaltung strukturelle Diskriminierung
1466 und schult Beschäftigte verbindlich.

1467 Auch digitale Systeme müssen gerecht sein – für alle. Besonders KI- und Algorithmensysteme dürfen
1468 niemanden benachteiligen. Darauf achten wir besonders.

1469 Auch sonst schützt Berlin Menschen, die Ausgrenzung erleben. Wir hören ihnen zu. Wer ausgegrenzt
1470 wird, bekommt unsere Solidarität. Antisemitismus-, Antiziganismus-, antimuslimische und anti-
1471 Schwarze-Rassismusprävention entwickeln wir gemeinsam mit den Communities weiter.

1472 Alle Maßnahmen bündeln wir in einem integralen Landeskonzzept Antidiskriminierung. Eine
1473 unabhängige Beauftragte koordiniert dieses Vorgehen. Sie stärkt Demokratieförderung und
1474 Chancengerechtigkeit. Denn: Demokratie braucht Schutz – jeden Tag.

1475 Auch das Landesprogramm „Demokratie, Vielfalt. Respekt“ bauen wir deshalb weiter aus. Besonders
1476 im Kampf gegen Extremismus. Außerdem verankern wir es gesetzlich in einem
1477 Demokratieförderungsgesetz (→ siehe Kapitel [Die Demokratie stärken](#)).

1478 Queeres Berlin

1479 Queere Rechte sind Menschenrechte. Punkt. Gerade die Regenbogenhauptstadt Berlin darf daran
1480 keinen Zweifel lassen. Die SPD steht deshalb fest an der Seite der queeren Community. LSBTIQ+-
1481 Rechte bleiben unser Maßstab für sozialen Fortschritt und den LSBTIQ+-Aktionsplan 2023 setzen wir
1482 konsequent um. Wir entwickeln ihn weiter. Wir sichern ihn finanziell ab. Und wir etablieren in allen
1483 Bezirken Queerbeauftragte. Auch das Regenbogennetzwerk in der Verwaltung bauen wir aus. Ein
1484 Onlineportal macht die Angebote in der Stadt besser erreichbar. Denn: Sichtbarkeit schützt.
1485 Solidarität stärkt.

1486 Ganz besonders schützen wir trans, inter, nicht-binäre und agender Menschen** sowie queere
1487 BIPOC. Sie brauchen gezielte Unterstützung. Das gilt auch für queere Gesundheit und Prävention.

1488 In Schulen, Jugendarbeit und Erwachsenenbildung stärken wir queere Bildung, um Hass und Gewalt
1489 vorzubeugen. Zusätzlich brauchen queere Jugendliche sichere Orte, an denen sie Respekt erfahren.
1490 Deshalb halten wir queere Jugendzentren und bauen sie aus. Wir stärken
1491 Regenbogenfamilienzentren und Peer-Projekte. Auch Anlaufstellen in allen Bezirken sichern wir ab.
1492 Zusätzlich schaffen wir mehr Schutzwohnungen und Notunterkünfte.

1493 Auch die Jugendhilfe muss queere Lebensrealitäten berücksichtigen und darf Diskriminierung keinen
1494 Platz lassen. Queere Perspektiven in Bildung, Jugend und Familie verankern wir gesetzlich. Dazu
1495 gehören ein queeres Jugendforum und regelmäßige Fortbildungen.

1496 Berlin fördert queere Kunst und Kultur einschließlich der Erinnerungsarbeit. Ein Landeskonzzept
1497 schützt queere Orte. Angriffe darauf nehmen wir ernst und handeln entschlossen. Wir richten einen
1498 Fonds ein, auf den angegriffene queere Orte niederschwellig zugreifen können.

1499 Die Landesstrategie für queere Sicherheit staten wir besser aus. Wir kämpfen für die Erweiterung
1500 von Artikel 3 Absatz 3 des Grundgesetzes. Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung muss dort
1501 ausdrücklich verboten sein.

1502 Auf Bundesebene verteidigen wir das Selbstbestimmungsgesetz. Gleichstellung duldet keinen
1503 Aufschub. Gleichzeitig treiben wir die Gleichstellung von Regenbogenfamilien entschlossen voran.

1504 Inklusion und Barrierefreiheit

1505 Berlin gehört allen – ohne Ausnahme. Menschen mit körperlichen, psychischen oder geistigen
1506 Beeinträchtigungen müssen überall teilhaben können. Inklusion ist kein Extra. Sie ist Pflicht.

1507 In diesem Sinne schreiben wir den Maßnahmenplan „Berlin Inklusiv“ fort. Wir stärken Beteiligung in
1508 den Verwaltungen. Mit konsequentem Disability Mainstreaming verankern wir Inklusion überall. Bei
1509 allen Gesetzen und Verfahren zählen die Perspektiven von Menschen mit Behinderungen.

1510 Auch das Barrierefreiheitsstärkungsgesetz nutzen wir als Chance. Digitale und analoge Barrieren
1511 müssen von Anfang an verschwinden. Stattdessen gestalten wir Infrastruktur nach dem Prinzip
1512 „Design für alle“. So stärken wir Selbstständigkeit in jedem Lebensalter.

1513 Wir schaffen ein Mobilitätssicherungskonzept für Menschen mit Behinderungen und setzen es um.
1514 Frauen mit Behinderungen schützen wir besser vor Gewalt. Gleichzeitig garantieren wir Zugang zu
1515 Polizei und Justiz. Auch die Inklusion an Schulen treiben wir voran (→ siehe Kapitel [Inklusive Schulen](#)
1516 [ausbauen](#)).

1517 Mit einem Fonds Soziales Berlin stärken wir Teilhabe. Wir bauen Bürokratie für Menschen mit
1518 Behinderungen ab. Wir denken Ämterstrukturen für Menschen mit Behinderungen neu.

1519 Berlin schafft mehr Zugänge zum ersten Arbeitsmarkt, denn Menschen mit Behinderungen verdienen
1520 faire Chancen in Ausbildung und Beruf. Arbeit, Ausbildung und Selbstständigkeit müssen für alle
1521 erreichbar sein. Deshalb gründen wir eine landeseigene Teilhabegesellschaft. Sie arbeitet als
1522 Inklusionsbetrieb und rekommunalisiert Leistungen.

1523 Zivilgesellschaft und bürgerschaftliches Engagement weiter stärken

1524 Förderung von Engagement und Ehrenamt ist eine Querschnittsaufgabe. Wir wollen die
1525 Engagementstrategie des Bundes weiterentwickeln und setzen uns für die Anerkennung
1526 ehrenamtlicher Arbeit durch die Weiterentwicklung der Ehrenamtskarte, vergünstigte BVG-Tickets
1527 und eine weitere Entbürokratisierung ehrenamtlicher Strukturen ein. Kommunal wollen wir
1528 Freiwilligenagenturen und ihre Angebote, z.B. das Ehrenamtmatching in den Bezirken, weiter
1529 stärken. Wir wollen ermöglichen, dass weitere Qualifizierungsangebote für ehrenamtliche
1530 Tätigkeiten als Bildungsurlaub in Berlin anerkannt werden.

1531 Soziales Berlin

1532 Strategie gegen Armut, soziale Ausgrenzung und Einsamkeit

1533 Armut trifft viele Menschen in Berlin. Sie betrifft alle Generationen. Aber wir wollen nicht, dass
1534 Betroffene aus dem gesellschaftlichen Leben gedrängt werden. Die SPD Berlin entwickelt deshalb
1535 eine Gesamtstrategie gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Sie umfasst alle Lebensphasen und
1536 setzt früh an.

1537 So schaffen wir zum Beispiel eine zentrale Koordinierungsstelle gegen Armut, die Kompetenzen und
1538 Ressourcen der Verwaltung effizient bündelt. Auch die Armuts- und Sozialberichterstattung
1539 entwickeln wir weiter. So entsteht eine verlässliche Grundlage für politisches Handeln.

1540 Daneben stärken wir den Verbraucherschutz. Menschen sollen verlässlich beraten werden. Sie
1541 müssen ihre Rechte kennen und vor hohen Kosten geschützt sein.

1542 Wir bauen die unabhängige Sozial-, Schuldner- und Insolvenzberatung aus. Auch das Integrierte
1543 Sozialprogramm stärken wir. Seine Projekte geben Orientierung und konkrete Hilfe.

1544 Besonders in den Blick nehmen wir die Altersarmut und bauen die Altenhilfe massiv aus.

1545 Einsamkeit ist ein ernstes gesellschaftliches Problem. Sie betrifft Menschen aller Generationen. Wir
1546 machen Hilfsangebote bekannter und bauen sie aus.

1547 Hilfe für obdach- und wohnungslose Menschen

1548 Die SPD Berlin hält am Ziel fest, Wohnungs- und Obdachlosigkeit bis 2030 zu überwinden. Dafür
1549 braucht Berlin mehr bezahlbaren Wohnraum. Ebenso notwendig sind gezielte soziale Hilfen.

1550 Wir gründen deshalb ein SozialWohnWerk für neuen Wohnraum. Es soll obdachlosen Menschen
1551 Wohnungen verschaffen. Dazu nutzen wir auch leerstehende Bürogebäude. Unser Ziel sind 2.500
1552 Wohnungen im geschützten Wohnungsmarkt

1553 Landeseigene Wohnungsbestände müssen weiterwachsen. Nur so lassen sich Konzepte wie Housing
1554 First wirksam umsetzen. Auch nachhaltige Reintegration braucht stabile Strukturen.

1555 Nach Hamburger Vorbild schaffen wir einen zentralen landeseigenen Akteur. Er steuert die
1556 Unterbringung wohnungsloser Menschen.

1557 Parallel bauen wir Beratungs- und Versorgungsangebote aus. Dazu zählen psychosoziale Beratung
1558 und Suchtberatung. Auch niedrigschwellige Angebote für Frauen, Kinder und Jugendliche stärken wir.
1559 Digitale Zugänge zu Hilfen erweitern wir ebenfalls.

1560 Frauen und Menschen mit Behinderungen behalten wir besonders im Blick. Wir stärken die
1561 Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Eingliederungshilfe und Wohnungsnotfallhilfe. So schließen wir
1562 Versorgungslücken. Das gilt besonders für Menschen mit psychischen Erkrankungen oder
1563 Suchterkrankungen.

1564 Die Kälte- und Hitzehilfe bauen wir gezielt aus. Neben Notunterkünften schaffen wir Tagesstätten für
1565 wohnungslose Menschen. Niemand soll in Berlin durch Wetterextreme gefährdet sein.

1566 Hilfe für suchtkranke Menschen

1567 In der Suchtpolitik setzen wir auf Hilfe statt Strafe. Niedrigschwellige Beratung bleibt zentral. Drug-
1568 Checking und Therapieangebote bauen wir aus.

1569 Neue Drogen verlangen frühes Handeln. Wir reagieren sozial und präventiv.

1570 Wir vertreiben drogenabhängige Menschen nicht von Ort zu Ort. Wir helfen dort, wo sie sind.
1571 Gleichzeitig holen wir Drogen aus dem öffentlichen Raum. Parks und Spielplätze müssen geschützt
1572 bleiben.

1573 Drogenkonsumräume bauen wir aus. Wir erleichtern ihre Einrichtung, erweitern Öffnungszeiten und
1574 stellen Landesgebäude bereit.

1575 Zusammenhalt in der Einwanderungsmetropole

1576 Berlin war immer eine Stadt der Zuwanderung. Das prägt uns. Damit Zusammenleben in Vielfalt gut
1577 funktioniert, setzen wir auf Offenheit, Partizipation und Integration.

1578 Das individuelle Recht auf Flüchtlingsschutz ist deshalb mit uns nicht verhandelbar. Berlin steht fest
1579 zum Recht auf Asyl. Wir setzen das EU-Asylsystem (GEAS) menschenrechtskonform um. Beim Bund
1580 drängen wir darauf, Landesaufnahmeprogramme zuzulassen. So kann Berlin besonders
1581 schutzbedürftige Menschen aufnehmen. Auch Verwandte von Berliner*innen können wir dann
1582 gezielt aufnehmen.

1583 Auch für Asylbewerber*innen ohne Schutzanspruch bieten wir Lösungen, etwa für Menschen mit
1584 auslaufender Aufenthaltserlaubnis. Damit sie Berlin Fuß fassen können, nutzen wir bestehende
1585 Möglichkeiten des Spurwechsels und fordern ein wirksames neues Chancenaufenthaltsrecht. Die
1586 erfolgreiche Arbeit der Härtefallkommission setzen wir fort. Für Staatenlose schaffen wir ein
1587 transparentes Anerkennungsverfahren.

1588 Menschen ohne Bleibeperspektive sollen frühzeitig Rückkehrhilfen bekommen. Dabei setzen wir auf
1589 freiwillige Rückkehr. Wir beachten humanitäre Grundsätze. Wir priorisieren Rückführungen bei
1590 schweren Straftaten ohne Bleiberecht. Das gilt auch für Gefährder, die unsere freiheitliche
1591 demokratische Grundordnung bekämpfen.

1592 Teilhabe durch Arbeit

1593 Migration hat unseren Wirtschaftsstandort stark gemacht. Jetzt wächst erneut der Fachkräftemangel
1594 und unsere Gesellschaft wird immer älter. Deshalb brauchen wir auch künftig gesteuerte
1595 Zuwanderung und müssen die Anerkennung ausländischer Abschlüsse deutlich vereinfachen und
1596 beschleunigen. Heute dauert es zu lange, bis Zugewanderte in ihren Berufen arbeiten dürfen.

1597 Wir werben internationale Fachkräfte, insbesondere für die Pflegeberufe, gezielt an. Außerdem
1598 erleichtern den Zuzug von Selbstständigen und bauen Beschäftigungsverbote für Geflüchtete ab.
1599 Unser Ziel bleibt klar: Geflüchtete sollen schnell selbst ihren Lebensunterhalt verdienen können.
1600 Deshalb stärken wir Berlins Anstrengungen zur Integration in den Arbeitsmarkt weiter.

1601 Teilhabe durch Einbürgerung

1602 Wir wollen, dass alle Berlinerinnen und Berliner demokratisch mitbestimmen. Dafür brauchen sie
1603 echte Teilhabe. Rund 40 Prozent unserer Bevölkerung hat eine Migrationsgeschichte. Die eine Hälfte
1604 von ihnen ist mittlerweile eingebürgert und kann bei Wahlen mitbestimmen. Die andere Hälfte hat
1605 noch keinen deutschen Pass, obwohl viele von ihnen antragsberechtigt sind. Sie wollen wir erreichen
1606 und sie für Einbürgerungen, gleiche Rechte und Demokratie gewinnen.

1607 Wir sind stolz auf das moderne Einbürgerungszentrum. Berlin ist damit Vorreiter. Das führen wir fort.
1608 Wir steigern die Einbürgerungszahlen weiter.

1609 Dafür stellen wir das Einbürgerungszentrum interkulturell und bürgernah auf. Wir starten eine
1610 Einbürgerungskampagne, mit der wir alle Bürger*innen ansprechen, die die Voraussetzungen
1611 erfüllen

1612 Teilhabe durch Unterbringung in den Kiezen

1613 Berlin bleibt eine Stadt der Solidarität und Menschenrechte. Die Unterbringung von Geflüchteten
1614 stellte das Land vor enorme Aufgaben. Das galt besonders während des Ukraine-Krieges. Nach der
1615 Krisenbewältigung bleibt das Ziel klar: weg von Notunterkünften. Dort leben Tausende Menschen
1616 und echte Integration in die Stadtgesellschaft kann nicht gelingen. Wir wollen stattdessen
1617 menschenwürdiges, dezentrales Wohnen. Zudem wollen wir Geflüchtete gerechter verteilen.

1618 Danach bauen wir Gemeinschaftsunterkünfte schrittweise ab. Gleichzeitig bauen wir das
1619 Geflüchtetenwohnen aus.

1620 Mit Unterbringung muss auch Infrastruktur wachsen. Deshalb stärken wir die
1621 Gemeinschaftspauschale pro Geflüchteten und Bezirk. Das hilft der sozialen Infrastruktur in der
1622 Umgebung von Geflüchtetenunterkünften. Davon profitieren Integration und Nachbarschaft
1623 gleichermaßen.

1624 Unser Ziel ist eine Stadtgesellschaft, die niemanden ausschließt. Das gilt für Geflüchtete. Das gilt auch
1625 für langjährig Zugewanderte.

1626 Teilhabe und Zugehörigkeit gezielt stärken

1627 Teilhabe heißt: Geflüchtete und Zugewanderte können aktiv mitmachen. Sie sollen nicht neben uns
1628 leben müssen. Sie sollen mit uns leben - in Schulen, Vereinen und sozialen Orten. Außerdem sollen
1629 sie die staatliche Unterstützung erhalten, die ihnen zusteht.

1630 Wir bauen das Willkommenszentrum Berlin aus. Es wird zur zentralen, mehrsprachigen Anlaufstelle
1631 mit digitalen und bezirklichen Angeboten. Dort erhalten Menschen aus dem Ausland Unterstützung
1632 bei Ankunft und Integration.

1633 Für Behördengänge führen wir flächendeckend Sprachmittlung ein. Wir nutzen Dolmetscherdienste
1634 und KI-Übersetzungen. Barrierefreie Zugänge sichern wir ebenfalls.

1635 Das Integrationslots*innen-Programm professionalisieren wir. Wir weiten es auf neue
1636 Sprachgruppen aus und finanzieren es dauerhaft.

1637 Wir stärken Deutschkurse und bauen digitale Sprachlernangebote aus. Auch berufsorientierte
1638 Sprachförderung stärken wir.

1639 Eine Bezahlkarte für Geflüchtete lehnen wir ab. Sie schränkt Teilhabe am öffentlichen Leben stark
1640 ein. Stattdessen setzen wir uns im Bund für die Voraussetzungen einer Berliner Stadtkarte (City-ID).
1641 Damit bekommen undokumentierte Menschen Zugang zu Gesundheit, Wohnen, Arbeit und Bildung.

1642 Migrantische Zivilgesellschaft stärken wir strukturell. Das gilt auch für Erinnerungskultur. Projekte
1643 wie ein Migrationsmuseum und ein Dokumentationszentrum fördern wir. Wir fördern ein
1644 Demokratie-Hub für geflüchtete Aktivist*innen.

1645 Wir öffnen den öffentlichen Dienst stärker. Menschen mit Migrationsgeschichte sollen bessere
1646 Zugänge bekommen. Dafür nutzen wir Mentoring-, Anerkennungs- und Diversitätsprogramme.

1647 Ein zentrales Integrations- und Teilhabemonitoring schafft Transparenz. Es arbeitet mit
1648 halbjährlichen Kennzahlen. So fördern wir Beteiligung. Das gilt für Arbeit, Bildung, Gesundheit und
1649 Soziales. So entsteht ein verlässliches, solidarisches Integrationssystem. Es stärkt Teilhabe und
1650 Zugehörigkeit.

1651 Kulturmetropole Berlin

1652 Kultur von Weltrang erhalten und für alle öffnen

1653 Berlin steht für Kunst, Kultur, Kreativität und Kulturinstitutionen von Weltrang. Sie prägen das
1654 Selbstverständnis unserer Stadt und wirken weit über Berlin hinaus. Die Kulturlandschaft verleiht

1655 Berlin internationale Strahlkraft – von der freien Szene über Festivals bis zu Museen, Theatern und
1656 Clubs.

1657 Die starken Kürzungen gefährden diese Strahlkraft. Verunsicherung, Planungschaos und
1658 Demotivation haben sich breit gemacht. Wir geben Kultureinrichtungen wieder klare Perspektiven
1659 und Sicherheit. Denn Kultur ist für uns ein wesentlicher Teil der Hauptstadt.

1660 Wir sind überzeugt: Kulturelle Vielfalt – von Hochkultur bis zur freien Szene – wird von
1661 Berliner*innen geschätzt. Damit alle teilhaben können, muss Kultur niedrigschwellig zugänglich sein.
1662 Kostengünstige oder kostenlose Angebote wie den Museumssonntag führen wir deshalb wieder ein.

1663 Vielfalt und faire Bedingungen in der Kultur

1664 Kulturelle Vielfalt entsteht durch das Miteinander professioneller Kunst, engagierter Amateure und
1665 einer aktiven freien Szene. Wir sichern kulturelle Strukturen mit verlässlichen Ressourcen für
1666 Produktion und Präsentation. Wir setzen uns für tarifliche Löhne, Mindesthonorare und
1667 angemessene Ausstattungsvergütungen ein. Ateliers, Proberäume, Theater, Museen und andere
1668 Kulturorte fördern wir als zentrale Orte der Produktion und Präsentation.

1669 Bezirkliche Kulturarbeit und Bibliotheken

1670 Bibliotheken sind Orte für Austausch, Bildung und kulturelle Integration – niedrigschwellig und offen
1671 für alle Berliner*innen. Wir stärken sie dauerhaft durch ein landesweites Bibliotheksgesetz mit
1672 gesicherter Finanzierung, Standards und öffentlichem Eigentum. Außerdem stellen wir sicher, dass
1673 Bibliotheken ihre wachsenden Aufgaben dauerhaft und dezentral erfüllen können, und bauen sie als
1674 Treffpunkte in den Kiezen aus.

1675 Kulturelle Bildung öffnet Zugänge, stärkt Persönlichkeitsentwicklung und gesellschaftliche Integration
1676 – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion. Programme für Kinder und Jugendliche sichern
1677 wir langfristig.

1678 Auch Musikschulen, Jugendkunstschulen, kommunale Galerien oder Volkshochschulen sind für
1679 kulturelle Teilhabe unverzichtbar. Wir bauen sie aus und verstetigen sie – besonders in
1680 Außenbezirken und sozial benachteiligten Kiezen. Ein neues Kulturförderungsgesetz sowie ein
1681 Stadtentwicklungsplan Kultur sollen Kunst und Kultur als feste Bestandteile der Stadtplanung
1682 verankern. Neue lebendige Quartiere planen wir von Anfang an mit kultureller Infrastruktur – in allen
1683 Bezirken, nicht nur im Zentrum. Die Berliner Industriekultur bewahren wir als Zeugnis von Arbeit,
1684 Innovation und sozialer Geschichte und entwickeln sie als lebendige Orte der Bildung, Kultur und
1685 Stadtentwicklung weiter.

1686 Kunst im öffentlichen Raum

1687 Öffentliche Kunst prägt das Gesicht Berlins. Neben „Kunst am Bau“ fördern wir Urban Art und
1688 Graffiti-Kultur stärker. Professionelle Vergabeverfahren sichern Qualität. Zugleich schaffen legale
1689 Flächen und eine „Hall of Fame“ neue Ausdrucksräume. So bleibt Kunst sichtbar, zugänglich und Teil
1690 des urbanen Alltags.

1691 Ostdeutsche Perspektiven

1692 Wir fördern Projekte, die ostdeutsche Erfahrungen, Kunst und Lebensgeschichten bewahren, sichtbar
1693 machen und weiterentwickeln. Den Campus für Demokratie auf dem Gelände der ehemaligen Stasi-
1694 Zentrale bauen wir zu einem offenen Ort politischer Bildung, Forschung und Kultur aus. Eine neue

1695 Ausstellung zu Opposition und Widerstand in der DDR macht die Vielfalt demokratischer
1696 Bewegungen sichtbar und bezieht die Perspektiven derjenigen ein, die für Freiheit und Gerechtigkeit
1697 eingetreten sind. Die kritische Aufarbeitung des Nationalsozialismus und der SED-Diktatur ist
1698 unverzichtbarer Bestandteil unserer demokratischen Kultur. Deshalb sichern und stärken wir die
1699 Berliner Gedenkstätten finanziell und personell und entwickeln ihre Vermittlungsarbeit mit
1700 zeitgemäßen Formaten und klarem Gegenwartsbezug weiter.

1701 Koloniale Aufarbeitung

1702 Wir verankern das Erinnerungskonzept „Kolonialismus erinnern“ dauerhaft und setzen seine
1703 Empfehlungen schrittweise um. Wir arbeiten koloniale Geschichte und ihre Folgen in enger
1704 Zusammenarbeit mit BIPOC-Communities, Nachfahr*innen kolonialisierter Gesellschaften und der
1705 Berliner Zivilgesellschaft auf. Ziel ist eine gerechte und global vernetzte Erinnerungspolitik.

1706 Digitale Kulturinfrastruktur

1707 Digitalisierung ist Chance und Zukunftsfaktor der Berliner Kultur. Der KI-Hub (#ai_berlin) dient künftig
1708 auch der Vernetzung von KI-Projekten aus Kultur, Wissenschaft und Kreativwirtschaft. Wir fördern
1709 nachhaltige IT-Strukturen, Green IT und Open-Source-Lösungen. Kulturinstitutionen – von großen
1710 Häusern bis zu kleinen Projekträumen – befähigen wir, Digitalisierungsprozesse erfolgreich
1711 umzusetzen und digitale Kompetenzen aufzubauen.

1712 Filmhauptstadt

1713 Wir setzen das Konzept für die Filmfreundliche Metropole Berlin weiter um. Als deutsche
1714 Filmhauptstadt ist Berlin Heimat von rund 80.000 Filmschaffenden. Eine moderne, verlässlich
1715 ausgestattete Filmförderung sichert Arbeitsplätze, stärkt Innovation in Produktion und
1716 Postproduktion und hält Kreativität sowie Investitionen langfristig in der Stadt. Dafür setzen wir uns
1717 auch im Bund ein.

1718 Den Hauptstadtkulturfonds erweitern wir um neue Schwerpunkte wie Demokratievermittlung,
1719 künstlerische Forschung und Weiterbildung in der freien Szene. Ein Vernetzungs- und Transferfonds
1720 Hauptstadt/EU stärkt die Zusammenarbeit zwischen Kultur, Wissenschaft und Bundesinstitutionen.

1721 Medienaufsicht, Medienvielfalt und Medienkompetenz

1722 Freie und vielfältige Medien sind Grundpfeiler der Demokratie. Die Berlin-Brandenburgische
1723 Landesmedienanstalt sichert staatsferne Aufsicht, Medienvielfalt und digitale Kompetenz – von
1724 sozialer Mediennutzung (→ siehe Kapitel [Digitale Bildung und Handynutzung](#)) bis zu KI-
1725 Anwendungen. Dafür braucht sie langfristig gesicherte Finanzierung. Ebenso wichtig bleibt die
1726 Förderung des Lokaljournalismus, damit Kieze eine informierte Öffentlichkeit behalten. Zudem
1727 bekennen wir uns zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk und seiner Finanzierung.

1728 Zuhause in der Sportmetropole

1729 Sport ist wichtig für Kinder und Jugendliche

1730 Sport und frühe Bewegungsangebote stärken die körperliche und kognitive Entwicklung. Deshalb
1731 sollen sie regulärer Bestandteil des Alltags in Kitas und Schulen sein. Wir binden Sportvereine und -

1732 verbände in Schul- und Kitaprogramme ein, damit Sport zu den Kindern kommt. Damit Eltern
1733 Angebote leichter finden, schaffen wir eine zentrale Plattform für Sport- und Freizeitangebote.

1734 Wir halten am Ziel fest, dass alle Kinder am Ende der Grundschule schwimmen können, und führen
1735 verpflichtenden Schwimmunterricht sowie Ferienkurse fort.

1736 Zusammenhalt durch Sport

1737 Sport stärkt Zusammenhalt, Fairness und Regeln – er fördert Integration und wirkt Gewalt entgegen.
1738 Mit Partnern wie der Sportjugend stärken wir sportbezogene Jugendarbeit. Wir verbessern zudem
1739 die strukturellen Bedingungen für Menschen mit Behinderungen im Sport.

1740 Sportstätten stellen wir Vereinen weiterhin gebührenfrei zur Verfügung. Individuellen Sport fördern
1741 wir mit inklusiven Bewegungsangeboten und mehr generationenübergreifenden Aktivplätzen in
1742 Parks, etwa für Boule, Calisthenics, Disc Golf, Fitnessparcours und Tischtennis. „Sport im Park“
1743 entwickeln wir weiter.

1744 Wir fördern die sportliche Betätigung der Landesbeschäftigten in nicht-kommerziellen Sportvereinen.
1745 Bezirkliche Sportbünde unterstützen wir als Stimme des organisierten Sports in den Kiezen.
1746 Trainer*innen qualifizieren wir weiter und verbessern ihre Einkommenssituation.

1747 Investitionen in Vereine und Sportstätten

1748 Wir setzen Neubau, Sanierung, Barrierefreiheit und inklusive Sportstätten mit Nachdruck fort. Das
1749 Vereinsinvestitionsprogramm entbürokratisieren wir und stärken es finanziell.

1750 Bei der bezirklichen Sportinfrastruktur richten wir uns an der Sportentwicklungsplanung aus und
1751 entwickeln ein Typenbauprogramm für Sportfunktionsgebäude. Eine zentrale Planungs- und
1752 Baueinheit entlastet Bezirke und beschleunigt barrierefreien Bau und Sanierung.

1753 Wir setzen uns für den Neubau des Jahn-Sportparks als inklusiven Sportpark für alle ein und
1754 entwickeln das Sportforum Hohenschönhausen fort. Das nationale Spitzensportzentrum an der
1755 Paul-Heyse-Straße entwickeln wir mit dem Bund weiter. Im Olympiapark setzen wir weitere
1756 Entwicklungsmaßnahmen um. In Tegel verbinden wir Angebote für organisierten und individuellen
1757 Sport durch neue Hallen und Sportplätze. Perspektiven für das Wassersportzentrum Grünau
1758 entwickeln wir, und den Betrieb des Strandbads Wannsee sichern wir.

1759 Wir investieren in landeseigene Schwimmbäder, bauen Typenschwimmbädern und sanieren
1760 Bestandsbäder klimagerecht. Vereins-, Kita- und Schulschwimmen bleiben gebührenfrei.

1761 Die Fördervereinbarung mit dem Sport wollen wir nach 2029 fortführen; Bundes- und EU-Programme
1762 akquirieren wir stärker für Breiten- und Spitzensport.

1763 Die Sportmetropole weiterentwickeln

1764 Berlin hat sich mit vielen Bundesligateams und international beachteten Events als Sporthauptstadt
1765 etabliert. Sport ist Wirtschaftsfaktor und Motor für Tourismus, Einzelhandel und Gastronomie. Wir
1766 fördern professionellen Sport und unterstützen sportliche Aushängeschilder – zunehmend auch im
1767 Frauensport.

1768 Wir holen weiterhin Veranstaltungen von Weltrang nach Berlin, etwa Welt- und
1769 Europameisterschaften sowie Spiele der NBA oder NFL. Dafür richten wir eine zentrale Anlaufstelle
1770 für sportliche Großevents ein. Fanprojekte, Fankultur und sportlichen Tourismus fördern wir weiter.

1771 **Wir wollen Olympische Spiele in Berlin**

1772 Wir wollen Olympische und Paralympische Spiele nach Berlin holen. Sie sollen nachhaltig sein und
1773 der Stadt langfristig nutzen und sind eine Chance, in Infrastruktur, Sportentwicklung, Stadtplanung
1774 und Barrierefreiheit zu investieren.

1775 Wir bieten dem Deutschen Olympischen Sportbund und der Bundesregierung mit „Berlin Plus“ ein
1776 Konzept für Spiele ohne Gigantismus an, auf Basis bestehender Sportstätten und in einem breiten
1777 Bündnis mit anderen Bundesländern. Gerade im Jahr 2040 – 50 Jahre nach der Wiedervereinigung –
1778 kann das eine Chance sein, die Welt zu Gast bei Freunden zu haben (→ siehe Kapitel [EXPO 2035 und](#)
1779 [Olympische Spiele 2040 als Chance für Berlin](#)).

Verantwortung, die uns alle trägt

Berlin steht vor einer der größten Aufgaben seiner Geschichte. Klimaschutz entscheidet über unsere Zukunft – und wir handeln. Unser Ziel ist klar: Berlin wird bis 2045 klimaneutral. Das gelingt nur, wenn wir bereit sind, unsere Stadt zu verändern. Raus aus Öl und Gas. Rein in Sonne, Wind und andere Erneuerbare. Für eine Stadt, die ihre Kinder schützt und Verantwortung für kommende Generationen übernimmt. Auch dafür stärken wir unsere Landesunternehmen und investieren so viel wie lange nicht – verantwortungsvoll, gezielt und mit klaren Prioritäten.

Denn wir stehen für eine solide Haushalts- und Finanzpolitik, die alle Spielräume nutzt. An der Seite derjenigen, die auf einen funktionierenden Staat und öffentliche Daseinsvorsorge angewiesen sind. Damit Investitionen wirken und unsere Stadt für alle funktioniert, machen wir unsere öffentliche Verwaltung leistungsfähiger. Zuständigkeiten werden klar, Verfahren schneller, Entscheidungen verbindlich. Regeln sind transparent und gelten für alle. Wir übernehmen Verantwortung, um Ergebnisse zu liefern. Zuhören, abwägen, entscheiden – und dann gemeinsam umsetzen. So entsteht mit uns ein Berlin, das nicht nur gut plant, sondern auch gut regiert wird. Eine Stadt, die nicht zaudert, sondern vorangeht.

Verantwortung durch Klimaschutz und Energiewende

Wir stehen zu den Klimaschutzzielen, kämpfen für Klimaneutralität vor dem Jahr 2045 und stehen zur Umsetzung des Berliner Energiewendegesetzes. Berlin hat dafür drei zentrale Hebel: Erstens stellen wir den fossil betriebenen Verkehr um. Zweitens ersetzen wir fossile Heizsysteme in Gebäuden. Drittens transformieren wir Strom- und Wärmekraftwerke.

Für den Verkehr verfolgen wir bereits eine klare Strategie: Wir bauen den ÖPNV aus, stellen die Busflotte auf E-Busse um und erweitern die Ladeinfrastruktur für Elektromobilität (→ siehe Kapitel [Ausbau der Ladeinfrastruktur](#)).

Mit dem Klimapakt die Klimaschutzfinanzierung sichern

Die landeseigenen Unternehmen spielen auf dem Weg zur Klimaneutralität eine Schlüsselrolle. Sie haben eine Vorbildfunktion und prägen die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt. Durch die Rückkäufe von Wasser-, Strom- und Fernwärmenetzen in den vergangenen Jahren kann Berlin heute direkt auf ihre Dekarbonisierung einwirken.

Der Klimapakt mit den Landesunternehmen und seine konsequente Umsetzung sichern die finanzielle Basis der Landesunternehmen für den Klimaschutz.

Umstellung der Wärmeherzeugung in Gebäuden

Über die Wärmeplanung treiben wir den Ausbau der Fernwärme durch den landeseigenen Anbieter Berliner Energie und Wärme (BEW) voran. Gleichzeitig eröffnen wir Raum für andere Anbieter sowie für neue dezentrale und genossenschaftliche Wärmenetze. Dafür stellen wir Förderdarlehen bereit und fordern Kofinanzierungen durch Bundesprogramme.

1816 Zusätzlich richten wir eine zentrale Anfragestelle zur Wärmewende ein und ermöglichen die
1817 Überprüfung von Wärmeabrechnungen.

1818 Für Gebäude ohne Fernwärmeperspektive setzen wir auf quartiers- und kiezbezogene Lösungen, die
1819 leistungsfähiger und erschwinglicher sind als Einzelmaßnahmen. Wir unterstützen sie durch
1820 aufsuchende Beratung und aktives Verwaltungshandeln. So fördern wir etwa die Nutzung von
1821 Rücklaufwärme aus Fernwärmesystemen, die Mehrfachnutzung von Quartiersflächen und den
1822 systematischen Einsatz von Geothermie.

1823 Umstellung der Fernwärme sozial gerecht gestalten

1824 Die BEW verfolgt bereits eine Strategie zur Umstellung ihres Kraftwerksparks auf erneuerbare
1825 Energien. Wir führen sie fort und sorgen zugleich für eine verbraucher*innenfreundliche
1826 Wärmewende mit transparenter Preispolitik. Einfallstore für überhöhte Nebenkosten schließen wir.

1827 Quartiersenergie- und Wärmeberater*innen schaffen neue Anlaufstellen vor Ort. Wir bündeln ihre
1828 Arbeit in einer Berliner Energie- und Wärmeberatung, die bei Fragen zu Preisen, Nebenkosten,
1829 Heizungswechsel und energetischer Modernisierung unterstützt.

1830 Vom Gas- zum Wasserstoffnetz

1831 Das Berliner Gasnetz braucht klare regulatorische Unterstützung für den Aufbau eines Wasserstoff-
1832 Kernnetzes mit Fokus auf Großverbraucher, zu denen auch quartiersbezogene Kraftwerke zählen
1833 können. Wasserstoff in einzelnen Wohnungen wird technisch nur begrenzt möglich sein, da
1834 klimaneutrales Gas insgesamt deutlich weniger zur Verfügung stehen wird.

1835 Deshalb unterstützen wir die Umstellung von Gasetagenheizungen auf fossilfreie Wärme.

1836 Energetische Gebäudesanierung

1837 Seit den 1990er-Jahren investieren wir in Wohngebäude nur etwa halb so schnell, wie es für die
1838 Klimaziele nötig wäre. Wir setzen die Mittel des Landes und seiner Unternehmen deshalb gezielt dort
1839 ein, wo keine CO₂-Vermeidung über grüne Wärmesysteme wie Fernwärme möglich ist.

1840 Neue EU-Vorgaben verlangen, den Energieverbrauch öffentlicher Gebäude jährlich um 1,9 Prozent zu
1841 senken. Mit der zentralen Immobilienverwaltung BIM ist Berlin dafür gut aufgestellt. Über große
1842 Contracting-Modelle, etwa mit den Stadtwerken, finanzieren wir die nötigen Effizienzinvestitionen.
1843 Auch Großverbraucher wie Bäderbetriebe, Bezirke, Hochschulen und Krankenhäuser binden wir ein.

1844 Solarausbau beschleunigen

1845 Berlin ist bundesweit Spitze beim Solarausbau in Relation zur Landesfläche. Bis zum Jahr 2035 wollen
1846 wir 25 Prozent des in Berlin erzeugten Stroms aus Sonnenlicht gewinnen. Um dieses Ziel zu
1847 erreichen, setzen wir auf den Masterplan Solarcity und fördern den Ausbau durch das Programm
1848 SolarPlus. Großes Potenzial sehen wir vor allem auf den Dächern von Berliner Unternehmen. Wir
1849 unterstützen sie dabei große Anlagen mit viel Leistung auf die Dächer zu bringen.

1850 Ein integrierter Netzbetrieb für Wärme, Strom und Gas

1851 Wir treiben die integrierte Entwicklung der Netze weiter voran. Nach der Übernahme von Stromnetz
1852 und Fernwärme streben wir langfristig auch einen Rückkauf der GASAG als Ganzes an. Im Mittelpunkt
1853 stehen dabei die Transformation zur Klimaneutralität und der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft.

1854 Beim Ausbau des Stromnetzes berücksichtigen wir besonders die künftigen Bedarfe der
1855 Wärmeversorgung großer Verbraucher. Dezentrale Lösungen stärken wir zusätzlich durch
1856 bidirektionales Laden als Teil einer Gesamtstrategie.

1857 Die Verwaltungsreform verlangt klare Zuständigkeiten auf Senatsebene. Das gilt besonders für die
1858 Energie- und Wärmewende. Eine zentrale Koordinierungsstelle soll Planung bündeln, Konflikte lösen,
1859 Zeit sparen und Transparenz schaffen.

1860 Energie aus Abfall und Abwasser nutzen

1861 Die BSR soll eine stärkere Rolle für ein klimaneutrales Berlin übernehmen. Abfälle und
1862 Ersatzbrennstoffe recyceln wir oder verwerten sie in Berlin schadstoffarm und nutzen die Abwärme
1863 für Strom und Fernwärme. Auch die Berliner Wasserbetriebe binden wir stärker ein, damit sie
1864 Abwärme aus Abwasser für die Fernwärme nutzbar machen.

1865 Eine starke Verwaltung – bürgernah, sozial und demokratisch

1866 Eine handlungsfähige Verwaltung für einen handlungsfähigen Staat

1867 Wir wollen eine Verwaltung, die funktioniert. Eine moderne öffentliche Infrastruktur bildet die
1868 Grundlage für soziale Sicherheit und Zusammenhalt. Dafür brauchen wir Verwaltungen, die politische
1869 Vorgaben zügig umsetzen und Regeln konsequent durchsetzen. Unser Ziel ist ein handlungsfähiger
1870 Staat: gerecht, sozial und auf der Höhe der Zeit.

1871 Verwaltungsreform umsetzen

1872 Ob Personalausweis, Pflegehilfe, Kita-Gutschein oder Baugenehmigung: Wer sich an die Verwaltung
1873 wendet, soll gute Beratung sowie schnelle und nachvollziehbare Bescheide erhalten. Deshalb treiben
1874 wir die Verwaltungsreform konsequent voran – mit klaren Zuständigkeiten, zentraler Steuerung und
1875 starken Bezirken.

1876 Ein neues Gesetz liegt vor, doch die Umsetzung fehlt bislang. Sie muss jetzt Priorität haben und
1877 professionell und zentral gesteuert werden. Die Sicherung von Rechtsstaat und Demokratie kann
1878 weitere Reformen der Verwaltungsstrukturen erforderlich machen.

1879 Verlässliche Finanzierung der Bezirke

1880 Eine funktionierende Stadt braucht starke Bezirke. Jugend- und Sozialämter, saubere Straßen,
1881 Schulen und soziale Einrichtungen sichern den Alltag in den Kiezen. Wir stehen für eine verlässliche
1882 Finanzierung dieser Aufgaben.

1883 Dafür reformieren wir das Finanzierungsmodell der Bezirke, setzen das Konnexitätsprinzip
1884 konsequent um und streben ein Budgetierungssystem an, das einer wachsenden Stadt gerecht wird.
1885 So sichern wir Berlins Handlungsfähigkeit auch in schwierigen Zeiten.

1886 Attraktive Arbeit im öffentlichen Dienst

1887 Eine starke Verwaltung braucht engagierte Beschäftigte. Wer gute Leute gewinnen will, muss faire
1888 Bedingungen bieten. Gleiche Arbeit muss gleich bezahlt werden – unabhängig davon, ob sie im Bezirk
1889 oder in der Senatsverwaltung geleistet wird.

1890 Wir sorgen für transparente, diskriminierungsfreie Einstellungsverfahren und moderne
1891 Arbeitsbedingungen. Homeoffice, Jobsharing in Führungspositionen, flexible Zeiten und bessere
1892 Aufstiegschancen setzen wir um. Die Verwaltungsakademie entwickeln wir weiter, die
1893 Führungsakademie bauen wir aus. Einheitliche Standards in der Personalentwicklung stärken die
1894 Qualität, dazu gehört ggf. auch eine Bündelung von Personalaufgaben. Um den Anteil von Frauen in
1895 Verwaltungsführungspositionen zu erhöhen, fördern wir Mitarbeiterinnen gezielt.

1896 Wohnraummangel erschwert die Personalgewinnung. Deshalb treiben wir den Bau von
1897 Beschäftigtenwohnungen voran und unterstützen auch Unternehmen beim Aufbau von Werks- und
1898 Azubiwohnungen.

1899 Digitale Verwaltungsleistungen – für alle zugänglich

1900 Digitalisierung betrachten wir als Werkzeug für mehr Teilhabe. Entsprechende Angebote müssen
1901 deshalb einfach und intuitiv funktionieren. Eine moderne Berlin-App nach Wiener Vorbild soll
1902 unterstützen.

1903 Neben digitalen Services bleibt persönliche Beratung und Hilfe bei der Antragsstellung möglich.
1904 Mobile Angebote in den Kiezen bauen wir aus, um Bürger*innen zu entlasten.

1905 Digitale Teilhabe darf kein Privileg sein. Wir bündeln Beteiligungsformate und bieten Unterstützung
1906 durch Verwaltungslotsen, Chatbots und andere niedrigschwellige Angebote. Menschen, die sich mit
1907 der Digitalisierung schwertun, unterstützen wir mit Digitalkursen in Bibliotheken und
1908 Volkshochschulen.

1909 Statt “auf Antrag” zu arbeiten, soll die Verwaltung eine proaktive Partnerin für die Bürgerinnen und
1910 Bürger Berlins werden. Eine solche Verwaltung denkt mit, beispielsweise wenn die Gültigkeit von
1911 Personaldokumenten abläuft, Kinder geboren werden oder Förderansprüche bestehen, und handelt
1912 von selbst. Daten sollen nur einmal erfasst und bedarfsgerecht weitergegeben werden – nach dem
1913 Once-Only-Prinzip.

1914 Zentrale Digitalisierungskompetenz

1915 Wir machen Berlins Verwaltung zum digitalen Vorreiter. Dafür schaffen wir einen zentralen
1916 Digitalhaushalt für IT-Ausgaben und stärken die Steuerung durch den Chief Digital Officer in der
1917 Senatskanzlei.

1918 Die Fachverwaltungen begleiten wir eng und unterstützen sie personell. Wir bauen das
1919 Datenmanagement aus und etablieren eine wirkungsorientierte Steuerung. Ein „Digitaler Zwilling“
1920 Berlins soll Stadtentwicklung, Umwelt- und Verkehrsplanung mit Simulationen unterstützen.

1921 Open-Source-Software und offene Standards treiben wir voran und stärken damit unsere digitale
1922 Souveränität. Wo sinnvoll, nutzen wir Lösungen anderer Länder. Mehr Zentralisierung auf
1923 Bundesebene stehen wir offen gegenüber, um Effizienz zu gewinnen.

1924 Das IT-Dienstleistungszentrum Berlin bleibt zentraler öffentlicher Partner. Es sorgt für
1925 Datensicherheit und Schutz vor Cyberangriffen. Zugleich verbinden wir Digitalisierung und Ökologie,
1926 planen nachhaltige Rechenzentren und speisen ihre Abwärme in das Fernwärmenetz ein.

1927 Für Transparenz und Datenschutz

1928 Demokratie lebt von Vertrauen. Deshalb gilt für Daten das Prinzip „Open by default“. Alle nicht-
1929 sensiblen Verwaltungsdaten sollen grundsätzlich öffentlich sein. Wir streben ein umfassendes

1930 Transparenzgesetz und ein zentrales Transparenzportal an. In einem übersichtlichen Dashboard
1931 sollen Daten in Echtzeit abrufbar sein. Gleichzeitig schützen wir personenbezogene Informationen
1932 konsequent und europarechtskonform. Datenschutz bleibt ein Grundrecht – kein bürokratisches
1933 Hindernis.

1934 Verantwortungsvolle Haushaltspolitik

1935 Unsere Haushalts- und Finanzpolitik verbindet soziale Sicherheit, öffentliche Daseinsvorsorge und
1936 Zukunftsinvestitionen. Wir halten die Balance zwischen Investitionen in den Zusammenhalt der Stadt
1937 und verantwortungsvoller Prioritätensetzung.

1938 Mit einer wachstumsorientierten Wirtschafts- und Innovationspolitik stärken wir Berlins
1939 Wirtschaftskraft, schaffen Arbeitsplätze und verbreitern die Einnahmebasis. Dafür helfen massive
1940 Investitionen aus dem Sondervermögen in den nächsten Jahren (→ siehe Kapitel [Investitionen in eine](#)
1941 [funktionierende Stadt](#)), die das Wachstum unterstützen.

1942 Einnahmen erhöhen

1943 Für eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik muss das Land seine Möglichkeiten nutzen, um seine
1944 Einnahmen zu verbessern. Wir heben die Grunderwerbsteuer um 0,5 Prozentpunkte an. Große
1945 Unternehmen sollen künftig mehr zahlen, Ausnahmen soll es für Selbstnutzer*innen geben. Der
1946 Steuersatz auf den Erwerb von selbstgenutztem Eigentum soll dann abgesenkt werden, wenn zuvor
1947 die durch Unternehmen zur Vermeidung der Grunderwerbsteuerpflicht verwendeten „Share Deals“
1948 auf Bundesebene unterbunden werden. Zudem führen wir eine Verpackungssteuer ein (→ siehe
1949 Kapitel [Müll vermeiden und recyceln](#)) und passen Bußgelder sowie Parkgebühren an aktuelle
1950 Preisentwicklungen an (→ siehe Kapitel [Parkplätze](#)).

1951 Wir bekämpfen Schwarzarbeit sowie Steuervermeidung und -hinterziehung, indem wir
1952 Steuerfahndung und Betriebsprüfung gezielt stärken. Zugleich verbessern wir den Einzug von
1953 Unterhaltsvorschüssen, Bußgeldern und Gebühren. Dafür investieren wir in eine leistungsfähige
1954 personelle und technische Ausstattung der Bezirke.

1955 Auf Bundesebene kämpfen wir für eine gerechtere Verteilung von Vermögen. Deshalb unterstützen
1956 wir eine Reform der Erbschafts- und Schenkungssteuer, die große Vermögen stärker heranzieht,
1957 sowie die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer. Zudem setzen wir uns beim Bund für ein Verbot
1958 von Share-Deals ein.

1959 Ausgaben gezielt steuern

1960 Die ersten Schritte zur Haushaltskonsolidierung der letzten drei Jahre waren für viele Menschen in
1961 der Stadt mit schmerzhaften Einschnitten und Unsicherheit verbunden. Wir haben uns dafür
1962 eingesetzt, nur behutsam Ausgaben zu reduzieren, Spielräume für Ausgaben zu erschließen und die
1963 bestehenden Möglichkeiten zur Kreditaufnahme des Landeshaushalts im vertretbaren Umfang
1964 auszunutzen. Das setzen wir auch in Zukunft fort.

1965 Investitionen in die Zukunft der Stadt wollen wir insgesamt auf einem hohen Niveau fortsetzen und
1966 gleichzeitig das bestehende strukturelle Defizit deutlich verringern. Wir nutzen die Spielräume der
1967 Schuldenbremse aus und fordern vom Bund ihre Abschaffung.

1968 Durch Entbürokratisierung, Verwaltungsvereinfachung und beschleunigte Verfahren machen wir die
1969 Verwaltung effizienter und bürger näher. Konsequente Digitalisierung sowie der verantwortungsvolle

1970 Einsatz Künstlicher Intelligenz helfen, Prozesse zu vereinfachen, Bearbeitungszeiten zu verkürzen und
1971 Beschäftigte zu entlasten. So gewinnen wir Zeit, Geld und Fachkräfte für das, was wirklich zählt: gute
1972 öffentliche Leistungen und Investitionen in die Zukunft. (→ siehe Kapitel [Digitale Verwaltung](#)).

1973 Daseinsvorsorge durch öffentliche Unternehmen

1974 Wasser, Stromnetz und Fernwärme befinden sich dank unseres Einsatzes wieder in Landeshand –
1975 und das soll so bleiben. Deshalb verankern wir eine Privatisierungsbremse in der Verfassung.

1976 Unsere Landesunternehmen führen wir wirtschaftlich stark, richten sie am Gemeinwohl aus und
1977 sorgen dafür, dass sie ausreichend Eigenkapital für große Investitionen haben (→ siehe Kapitel [Mit dem Klimapakt die Klimaschutzfinanzierung sichern](#)). Mittelverstärkungen knüpfen wir an klare,
1978 ergebnisorientierte und messbare Vorgaben. Zugleich machen wir sie zu Vorbildern für gute Arbeit
1979 (→ siehe Kapitel [Landesunternehmen gehen mit gutem Vorbild voran](#)).
1980

1981 Verantwortung des Bundes für Länder und Kommunen

1982 Viele Ausgaben Berlins sind in den letzten Jahren vor allem durch Bundesgesetze gestiegen. Der Bund
1983 verpflichtet die Länder zu Leistungen, bezahlt aber nicht. Gemeinsam mit anderen Ländern setzen
1984 wir uns dafür ein, dass der Bund seine finanzielle Verantwortung umfassender wahrnimmt. Das
1985 Konnexitätsprinzip muss gelten: Wer Aufgaben bestellt, finanziert sie vollständig.

1986 Die Hauptstadt Berlin weiter stärken

1987 Berlin erfüllt als Hauptstadt besondere Aufgaben, trägt internationale Verantwortung und ist auch
1988 besonderen Gefährdungen ausgesetzt. Der Bund muss diese Rolle weiter angemessen
1989 mitfinanzieren. Wir setzen uns beim Bund für eine Überarbeitung des
1990 Hauptstadtfinanzierungsvertrags ein, der die hauptstadtbedingten Belastungen Berlins, insbesondere
1991 bei Kultur, Infrastruktur und Sicherheit, vollständig und dynamisch ausgleicht. Wir begrüßen es
1992 darüber hinaus, wenn der Bund seine Präsenz in Berlin weiter stärkt und schrittweise auch weitere
1993 Personalstellen in den Geschäftsbereichen der Bundesministerien in die Hauptstadt verlegt.